

Bezugspreis: Vierteljahr 30.- M., monatlich 10.- M., frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10.- M., einjährig 120.- M., halbjährig 60.- M. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, das Saar- und Rheinland, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Österreich-Ungarn und Jugoslawien 20.- M. für das übrige Ausland 27.- M. Postbestellungen nehmen an Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Dänemark, Holland, Litauen, Schweden und die Schweiz.

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Nonparelzeile kostet 1,50 M. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 1,50 M. (zählend zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 1.- M. Stellenanzeigen und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 1.- M., jedes weitere Wort 50 Pfg. Worte über 10 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abnehmende Zeile 1.- M. Die Preise verstehen sich einschließlich Steuerzuschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgeben werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Telefon: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90 - 151 97

Freitag, den 8. April 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3
Telefon: Amt Moritzplatz, Nr. 117 53 - 54

Deutsche Oberschlesien-Note.

Berlin, 7. April. (WZ.) Die deutsche Regierung hat den Regierungen der Entente und der Interalliierten Kommission in Appell folgende Note übermittelt:

Der Friedensvertrag von Versailles hat bestimmt, daß die oberschlesische Bevölkerung durch Abstimmung darüber entscheiden soll, ob sie mit Deutschland oder mit Polen vereinigt zu werden wünscht. Die am 20. März vorgenommene Abstimmung hat nach den bisher vorliegenden Ergebnissen 717 122 Stimmen für Deutschland und 483 514 Stimmen für Polen ergeben. 664 Gemeinden wiesen eine deutsche, 597 Gemeinden eine polnische Mehrheit auf. Das oberschlesische Land hat sich demnach mit fast zwei Dritteln seiner Einwohner und mit der überwiegenden Mehrheit seiner Gemeinden dafür entschieden, bei dem Deutschen Reiche zu verbleiben, mit dem es seit über 700 Jahren vereinigt gewesen ist, und dem es seine Kultur, sowie seinen wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg verdankt.

Die Abstimmung hat ergeben, daß das gesamte, der Volksbefragung unterworfenen Gebiet mit deutsch und polnisch gesinnten Elementen durchsetzt ist. (Vgl. die Anlage, Karte.) Die deutschen Stimmen überwiegen in den Sammelpunkten der Intelligenz, in den Landstrichen mit fortgeschrittener, landwirtschaftlicher Kultur sowie in den Ortschaften der hochentwickelten Industriegebiete. Wenn auch die gemeindefreie Abstimmung lediglich als Wahlmodus angesehen werden darf, so sei doch in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß sich unter den 664 Gemeinden mit deutscher Mehrheit sämtliche Städte des Abstimmungsgebietes und fast alle größeren Ortschaften befinden, während die 597 Gemeinden mit polnischer Mehrheit nur geringere Einwohnerzahlen aufweisen und wirtschaftlich von untergeordneter Bedeutung sind. Wie wenig die Sprachfrage bei der Abstimmung zum Ausdruck gekommen ist, erhellt aus der Tatsache, daß Dörfer, in denen lediglich der oberschlesisch-polnische Dialekt gesprochen wird, häufig deutsche Mehrheiten, fast überall aber starke deutsche Minderheiten aufweisen, und daß überhaupt nur ungefähr 40 Proz. der Bevölkerung polnisch gestimmt haben, während 60 Proz. den oberschlesisch-polnischen Dialekt als Muttersprache sprechen.

Das Ergebnis der Abstimmung ist um so bemerkenswerter, wenn man sich vergegenwärtigt, unter welchen Umständen und Bedingungen die Wahlhandlung stattgefunden hat. Zunächst muß hierbei erneut darauf hingewiesen werden, daß nach Artikel 1 Ziffer b des Wahlreglements vom 30. Dezember 1920 alle erst seit 1904 in Oberschlesien angefahrenen Personen ihres Stimmrechts beraubt worden sind. Auf diese Weise ist ein großer Teil derjenigen Kräfte, die an dem Aufschwung der oberschlesischen Industrie in hervorragendem Maße mitgewirkt haben, von der Entscheidung über ihr Land ausgeschlossen worden. Auch sei erwähnt, daß zum Beispiel allein im Kreise Gleiwitz in 34 Ortsbezirken mit über 100 Einwohnern entgegen dem Wahlreglement keine besonderen Urnen aufgestellt worden sind.

Es muß ferner beachtet werden, mit welchen Mitteln die polnische Propaganda auf die Bevölkerung eingewirkt hat. Durch ein an sich völlig wertloses, aber in behördlicher Form gekleidetes Versprechen der Zuteilung bestimmter Ackerparzellen aus der zukünftigen Masse des aufzuteilenden Großgrund- und Staatsbesitzes wurden die leichtgläubigen Landbewohner zur Stimmabgabe für Polen bewogen. Den betrügerischen Charakter dieser lediglich auf Stimmenfang berechneten Aktion beweist die Tatsache, daß bei vielen Gütern das Drei- und Vierfache des vorhandenen Arealen versprochen wurde. Trotz ausdrücklichen Verbotes der Interalliierten Kommission ist dieser Stimmenkauf bis zum Abstimmungstage betrieben worden und hat naturgemäß starke Wirkung — besonders in den Kreisen Groß-Strehlitz, Oppeln und Tarnowitz — erzielt.

Ganz besonders aber ist bei der Bewertung des Abstimmungsergebnisses die nach einem klar erkennbaren Plane durchgeführte terroristische Wahlbeeinflussung in Rechnung zu stellen, die allen deutschen Stimmberechtigten gegenüber von polnischer Seite ausgeübt worden ist. Seit dem August-Aufstand 1920 hat die Verfolgung deutschgesinnter Personen in den Kreisen Bieleh, Radowitz, Kattowitz und Tarnowitz nicht aufgehört. Der von den Polen verübte Terror steigerte sich, je näher die Abstimmung heranrückte. Ein offenes Bekenntnis zum Deutschtum, geschweige denn ein Werden für die deutsche Sache, war in diesen Gebieten fast unmöglich. Wer trotzdem aus seiner deutschen Gesinnung kein Hehl machte, war Mißhandlungen und Schädigungen ausgesetzt und mußte seinen Ruf nicht selten mit dem Leben bezahlen. Selbst die unter besonderem Schutz der M. stehenden Mitglieder der Paritätischen Ausschüsse blieben vor Verfolgungen nicht verschont. Einige wurden ermordet, eine große Anzahl von ihnen mußte ihr Amt niederlegen.

So wurde unter fortgesetzten Drohungen und Gewalttaten ein Zustand der Berührung und Einschüchterung geschaffen, in dem die eigentliche Wahlbeeinflussung mit Aussicht auf Erfolg einsetzten konnte. Man rede der Bevölkerung ein, daß die Stimmabgabe nicht gehehrt werden werde, drohte ihr schwere Verfolgungen an und erreichte auf diese Weise, daß viele nicht wagten, ihre Stimme für Deutschland abzugeben. Sogar bis in die Wahllokale hinein wurde die terroristische Wahlbeeinflussung fortgesetzt. Wenn am Wahltag selbst rein äußerlich Ruhe herrschte, so ist das nur ein Beweis für die strikte Disziplin der polnischen Organisation und für die gute Regie der Propagandastelle, die offenbar Wert darauf setzte, den Anschein einer unbeeinträchtigten Abstimmung hervorzurufen. Aber die Mißhandlungen, die unmittelbar nach Schluß der Abstimmung wieder einsetzten, zeigten um so deutlicher, wie recht die deutschgesinnten Wähler hatten, die gegen sie ausgestoßenen

Drohungen ernst zu nehmen. Typisch ist übrigens, daß z. B. in den ländlichen Ortschaften des Kreises Radowitz (Radowitzsch-Gebiet) und (Rauben), in denen militärische Besetzung lag, und die ihrer Bevölkerung nach durchaus nicht weniger polnisch sind wie die umliegenden unbefestigten Orte, die Abstimmung eine deutsche Mehrheit ergeben hat. Ein Beweis für die Wirkung des Terrors.

Die deutsche Regierung beehrt sich, in der Anlage eine Denkschrift zu überreichen, die, gestützt auf eine größere Anzahl besonders markanter und einwandfrei nachgewiesener Einzelfälle, ein Bild von den Zuständen im Abstimmungsgebiet vor und während der Abstimmung gibt. Die Denkschrift erbringt den klaren Nachweis, daß in einzelnen Landesteilen — namentlich in den Kreisen Bieleh, Radowitz und Tarnowitz — die planmäßige Terrorisierung der deutschgesinnten Bevölkerung eine unbeeinträchtigte Stimmabgabe nicht ermöglicht hat.

Tausende von Stimmen sind unter Zwang abgegeben worden. Es erscheint geboten, auch diese Tatsache bei der Bewertung des Abstimmungsergebnisses zu berücksichtigen.

Wenn trotz des mit der Landaufteilung betriebenen Stimmentausches und trotz der wirksamen terroristischen Wahlbeeinflussung ein Abstimmungsergebnis erzielt wurde, das nur wenig hinter einer deutschen Zweidrittelmehrheit zurückbleibt, so ist an dem klaren Willen des oberschlesischen Volkes, zum Deutschen Reiche zu gehören, nicht mehr zu zweifeln. Die Abstimmung kann deshalb nur die endgültige Vereinigung des gesamten oberschlesischen Gebietes mit dem Deutschen Reiche zur Folge haben. Hierfür sprechen aber nicht nur die Zahlen der Abstimmung selbst, sondern auch die wirtschaftlichen und geographischen Gesichtspunkte, die nach dem Friedensvertrage Berücksichtigung zu finden haben.

Dem Oberstrom folgend, haben sich die wirtschaftlichen Beziehungen des oberschlesischen Landes in enger Wechselwirkung mit den Kräften des deutschen Wirtschaftsgebietes entwickelt. Die deutsche Landwirtschaft gab Oberschlesien den Zuschuß an Lebensmittel, den es nicht selbst hervorbringen konnte. Die deutsche Industrie lieferte Maschinen, Materialien und Bekleidungsstücke, der deutsche Weltmarkt stellte Kredit und Kapital zur Verfügung, und auf deutschen Beherausstellungen wurden die Beamten und Arbeiter herangebildet, die die oberschlesische Industrie auf ihre jetzige Höhe gebracht haben. Andererseits ist das deutsche Wirtschaftsgebiet der wichtigste Abnehmer oberschlesischer Boden- und Industrieerzeugnisse.

Das deutsche Absatzgebiet kann Oberschlesien nicht verzichten. Die oberschlesische Industrie, auf der der Wohlstand der gesamten Bevölkerung beruht, ist daher untrennbar mit dem deutschen Wirtschaftsgebiet verbunden. Nur die Beseitigung der ihr dort eingeräumt war, hat sie lebens- und konkurrenzfähig erhalten. Sie von Deutschland trennen, heißt sie vernichten. Aber auch in sich bildet das oberschlesische Wirtschaftsgebiet ein einheitliches Ganzes. Die landwirtschaftlichen und industriellen Teile ergänzen sich, und ebenso ergänzen sich in einer für die Produktion äußerst vorteilhaften Weise die verschiedenen Industriezweige untereinander. So bildet die oberschlesische Industrie einen auf natürlicher Grundlage aufgebauten, aber in seiner Vollkommenheit höchst komplizierten Organismus, in den einzugreifen nicht möglich ist, ohne das Ganze schwer zu schädigen und etwa losgelöste Teile der Verleumdung preiszugeben.

Wer Oberschlesien teilt, verflüchtigt sich an dem oberschlesischen Volke, das durch Sprache, Kultur und Religion, sowie durch gemeinsame Geschichte untrennbar miteinander verbunden ist. Aufgabe der staatsmännischen Entscheidung, für welche die Volksabstimmung die Grundlage bieten soll, kann es unmöglich sein, diese durch tausendjährige Entwicklung gewachsenen Zusammenhänge zu zerreißen und unter schematischer Bewertung lokaler Abstimmungsergebnisse entgegen dem klar erkennbaren Volkswillen eine Grenze zu verändern, die seit 700 Jahren festliegt und eine der ältesten Grenzen Europas bildet. Die überwiegende Mehrheit des oberschlesischen Volkes hat sich für Deutschland entschieden. Die demokratischen Prinzipien verlangen, daß dieser Mehrheitswille zur Durchführung kommt. Die Berücksichtigung des Wunsches der Minderheit darf nicht dazu führen, daß zum Schaden des Ganzen, sowie zum Schaden etwa abgetrennter Teile die Gemeinschaft zerrissen wird. Das will auch das oberschlesische Volk nicht. Durch die vom Deutschen Reich gewährte bundesstaatliche

Autonomie wird Oberschlesien in der Lage sein, die Verfassung und Verwaltung seines Landes so einzurichten, wie es der besonderen Eigenart seiner Bewohner entspricht. Hierbei werden auch die Wünsche derer ihre Befriedigung finden, die bei der jetzigen Volksbefragung in der Minderheit geblieben sind.

Die deutsche Regierung beehrt sich daher — unter Ueberreichung einer Denkschrift über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Oberschlesien und Deutschland sowie eines Gutachtens über die wirtschaftliche Einheit Oberschlesiens — den Antrag zu stellen, das gesamte oberschlesische Abstimmungsgebiet ungeteilt dem Deutschen Reiche zuzusprechen.

Die deutsche Regierung stellt diesen Antrag in der festen Ueberzeugung, daß Oberschlesien ebensoviele ohne Deutschland leben kann, wie Deutschland ohne Oberschlesien nicht in der Lage sein würde, sich wirtschaftlich zu erholen und seine Leistungsfähigkeit wiederzugewinnen. Jede andere Lösung würde auch dem Friedensvertrage zuwiderlaufen, der im Gegensatz zu den Vorschriften über die Abstimmung in Schleswig eine Teilungsmöglichkeit nicht vorsieht.

(Schluß auf der dritten Seite.)

Klärung in Preußen.

Am Sonnabend um 11 Uhr tritt der preussische Landtag zur Wahl des Ministerpräsidenten zusammen, die praktisch gleichbedeutend mit der Bildung der gesamten neuen Regierung ist. Bis dahin muß also die Frage der preussischen Regierungsbildung zwischen den Parteien entschieden sein. Trotzdem ist es zur Stunde, soweit unsere Kenntnis reicht, noch nicht zu einer Verständigung zwischen Parteien gekommen, die zusammen eine Mehrheit im Parlament bilden.

Richtsdefloweniger ist man berechtigt, von einer Klärung der Situation zu sprechen. Denn die Zahl der Möglichkeiten hat sich gestern um eine wesentliche verringert. Bekanntlich hielten die bürgerlichen Mittelparteien bisher noch immer an dem Glauben fest, daß die Bildung einer Koalition von der Deutschen Volkspartei über Zentrum und Demokraten bis zur Sozialdemokratie sich würde erreichen lassen. Unsere Darlegung, daß einer solchen Koalition jede innere Möglichkeit des Zusammenarbeitens fehle, ist von Zentrum und Demokraten nicht anerkannt worden. So mußte denn auf dem Wege des Experiments dargelegt werden, daß nicht die bürgerlichen Mittelparteien, sondern wir den Charakter der Deutschen Volkspartei richtig beurteilten. Dieses Experiment erfolgte durch ein Schreiben unseres Fraktionsvorsitzenden Genossen Siering an den Fraktionsvorsitzenden des Zentrums, den Abg. Herold. Wir sind jetzt berechtigt, dieses Schreiben im Wortlaut zu veröffentlichen; es lautet:

4. April 21.
An die Fraktion der Zentrumspartei des Preussischen Landtages
z. Hd. des Herrn Abgeordneten Herold, hier.

Sehr geehrter Herr Kollege!
Die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtages ist zurzeit nicht beisammen. Vorbehaltlich ihrer Stellungnahme und ganz unverbindlich, lediglich in meinem Namen und dem der Kollegen Limberg und Heilmann möchte ich Ihnen nach Rücksprache mit den in Berlin anwesenden Vertretern des Fraktionsvorstandes zur Regierungsbildung in Preußen folgendes mitteilen:

Sie wissen, daß die sozialdemokratische Fraktion in Preußen einstimmig beschlossen hat, mit der Deutschen Volkspartei zusammen nicht in die Regierung zu gehen, sondern an der alten Koalition festzuhalten. Die Vertreter des Zentrums und der Demokraten haben sich indessen auf den Standpunkt gestellt, daß eine Erweiterung der Koalition nach rechts geboten sei. Infolgedessen ist seit über vier Wochen die Frage der Regierungsbildung auf dem toten Punkt. Deshalb haben wir nach einer Unterredung mit dem Reichspräsidenten uns bereit erklärt, zu prüfen, ob überhaupt eine gemeinsame Regierungsbasis mit der Deutschen Volkspartei zu finden wäre. Sie werden begreifen, daß wir für den Fall des Eintritts der Deutschen Volkspartei in die Regierung die von uns vertretenen Interessen und Standpunkte in weitgehendstem Maße zu sichern bemüht sein müßten. Das mindeste, was wir im Falle des Eintritts der Deutschen Volkspartei in die Regierung von den Koalitionsparteien fordern müßten, wäre das Folgende:

I. Alle Koalitionsparteien stellen sich in ihrer parlamentarischen und agitatorischen Tätigkeit klar und unzweideutig auf den Boden der demokratischen, republikanischen Verfassung des Reiches und Preußens.

II. Die Demokratisierung der preussischen Verwaltungsgesetze und des preussischen Verwaltungskörpers wird in republikanischem Geiste in der bisherigen Weise fortgeführt.

III. In den letzten Monaten ist es der Arbeit des Finanzministeriums gelungen, entgegen früheren Erfassungen die Unrechtmäßigkeit umfangreicher Ansprüche des ehemals regierenden Hauses Hohenzollern nachzuweisen. Diese Arbeit muß in gleichem Geiste fortgesetzt werden.

IV. Beim Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung müssen unter den Ministerien, die mit sozialdemokratischen Ministern besetzt werden, unbedingt sein:

- das Ministerpräsidium,
- das Ministerium des Innern,
- das Ministerium für Landwirtschaft.

Wir bemerken noch einmal, daß es sich um eine rein informative Erkundigung handelt. Der Beschluß unserer Fraktion, in keine Regierung mit der Deutschen Volkspartei einzutreten, besteht unverändert fort. Immerhin könnte eine Erklärung der Deutschen Volkspartei zu den vier formulierten Bedingungen unserer Meinung nach für eine eventuelle Stellungnahme unserer Fraktion von Wert sein.

Wir wären Ihnen deshalb dankbar, wenn Sie eine Entscheidung der Deutschen Volkspartei über diese Fragen herbeiführen wollen.

Mit kollegialem Gruß
hochachtungsvoll
Siering

Dieses Schreiben ist vom Zentrum und den Demokraten an die Deutsche Volkspartei weitergeleitet worden. Die beiden Parteien hätten das wohl kaum getan, wenn sie nicht des

Glaubens gewesen wären, daß die Deutsche Volkspartei diesen Forderungen wenigstens ein Stück entgegenkommen würde. Wir freilich kannten die Deutsche Volkspartei besser. Wenn auch unsere vier Forderungen nur ein bescheidenes republikanisch-demokratisches Mindestprogramm darstellten, so waren wir doch nicht im Zweifel, daß schon an diesem Prüffeld der reaktionäre Charakter der Deutschen Volkspartei sich sofort enthalte würde.

Das Verhalten der Deutschen Volkspartei war denn auch in jeder Beziehung eine furchtbare Enttäuschung für die Hoffnungen der bürgerlichen Mittelparteien. Schon rein äußerlich, da die Volkspartei die unter allen Beteiligten vereinbarte Vertraulichkeit einfach nicht innehielt und das Schreiben durch ihre Parteikorrespondenz veröffentlichte. Selbstverständlich sollte dieses nicht dauernd geheim bleiben, aber die Veröffentlichung sollte, wie das üblich ist, nach Abschluß der Verhandlungen von allen Beteiligten gleichzeitig und in gegenseitiger Uebereinstimmung erfolgen. Daß eine einzelne Partei sich über die angelobte Vertraulichkeit hinwegsetzt, ist ein so schwerer Verstoß gegen alles verkehrsmäßige Verhalten, daß wir daran nicht schweigend vorübergehen können.

Mit dem Schreiben veröffentlichte die Deutsche Volkspartei auch ihre Antwort darauf, die ganz anders lautete, als es die bürgerlichen Mittelparteien noch kurz vordem auf Grund privater Mitteilungen angenommen hatten. Die Antwort der Deutschen Volkspartei geht dahin, daß sie es ablehnt, auf unser Schreiben überhaupt einzugehen. Sie sieht es offensichtlich als eine schwere Beleidigung an, daß man ihr zumutet, auf den Boden der demokratischen Republik zu treten.

Wir hatten das nicht anders erwartet. Aber auch wer anderes erhoffte, der muß nun einsehen, daß unsere Einschätzung der Deutschen Volkspartei die richtige war. Die „große Koalition“ von Deutscher Volkspartei bis zur Sozialdemokratie wird eben auch allenthalben als endgültig gescheitert angesehen. Die Klärung ist da.

Den bürgerlichen Mittelparteien aber muß gesagt werden, daß sie mit allen Wehklagen über ihre zerstörte Illusion nicht einen positiven Schritt weiterkommen. Die Zeit drängt furchtbar. Wenn bis zum Termin der Präsidentenwahl die Einigung über die Regierungsbildung nicht zustande gekommen ist, so wird das den Gegnern der Demokratie willkommenen Angriffsgelegenheiten gegen das parlamentarische System bieten. Nachdem die Illusion der „großen Koalition“ endgültig als solche erwiesen ist, bleibt für jeden, der den reaktionären Rechtsblock ablehnt, nur noch eine reale Möglichkeit: die Wiederkehr der alten Koalition. Alles andere, was man sonst noch als „Möglichkeiten“ hie und dort anempfiehlt, sind keine Möglichkeiten, sondern gefälschte, lebensunfähige Konstruktionen.

Die Parteien im Staatsrat. Nachdem als letzter der Provinzial-Landtag für Niederschlesien 6 Vertreter zum Preussischen Staatsrat gewählt hat, läßt sich — bis auf Oberschlesien, für das die bisherigen Landtagsabgeordneten 5 Mitglieder des Staatsrats zu bestimmen haben — das Gesamtergebnis der Wahlen nach der Parteifürte überschauen. Die bisher gewählten 74 von insgesamt 79 Mitgliedern des Staatsrats setzen sich zusammen: aus 27 der drei sozialistischen Parteien (18 Sozialdemokraten, 7 Unabhängige, 2 Kommunisten), 4 der Demokratischen Partei, 16 des Zentrums, 27 der Deutschen und der Deutschnationalen Volkspartei.

Sinnlos demontiert. In Berichtigung unserer Kritik im Donnerstag-Abendblatt stellen wir fest, daß die demontierte Meldung, wonach Stinnes Konzessionen in Rußland erworben habe, nicht vom WTB, sondern von der „Dona“ stamme. Die Berichtigung der „Dona“ war allerdings in der von uns gebrachten Form durch die TL verbreitet.

Die neue Kunst Italiens.

Der italienische Kunstbetrieb war während des 19. Jahrhunderts kaum etwas anderes als eine rege und sehr marktlustige Kunstfabrikation. Vor etwa zwölf Jahren erstand dann jenseits der Alpen unter französischen Einflüssen eine junge Künstlergeneration, die wirklich ernst genommen werden mußte. Bald darauf kamen die jungen Italiener — „Futuristen“ nannten sie sich — selber zu uns und wir konnten uns davon überzeugen, daß hier in der Tat etwas Neues und Zukunftserhellendes im Gange war.

Eine Ausstellung der Künstlervereinigung „Valori plastici“, die die Direktion der Nationalgalerie im Kronprinzenpalais mit einer vortrefflich orientierenden Einführungsrede Theodor Däublers eröffnet hat, gibt uns jetzt Gelegenheit, die jüngste Entwicklungsphase der italienischen Kunst kennen zu lernen.

Als der eigentliche Träger der Entwicklung erscheint mir der Maler Carlo Carrà, einst der Ernsteste und Begabteste unter den Futuristen, jetzt derjenige, in dessen Schaffen sich die neuen Tendenzen und Ziele am deutlichsten ausprägen. Er hat mit dem Farbenwunder „Penelope“ (1917) das schönste Werk der Ausstellung geliefert. Freilich bedeutet dieses Werk erst einen Uebergang zur endgültigen Stilform. Wir sehen hier, wie sich der Künstler bemüht, aus der kubistischen Raumgestaltung zum perspektivisch geordneten Tiefeneindruck zu gelangen. Die Figur der Penelope ist noch nach der Art des Rubismus flächennah flüchtig gezeichnet; das Interieur aber, in dem die Figur steht, ist nach den Gesetzen der Perspektive konstruiert. Also eine gewissermaßen körperlose Gestalt in einem realen dreidimensionalen Raum. Eine Stilllebensstudie? Meinetswegen. Während die sogenannten Expressionisten früher jede Wiedergabe von Wirklichkeitsformen ablehnten, benutzen sie diese jetzt zum Aufbau von Bildern, die an sich keine Naturerindrücke geben sollen, sondern immer nur rhythmisch geordnete Formenwerte (auf italienisch „valori plastici“) bedeuten. Ein Schritt weiter auf diesem Entwicklungswege, und es entsteht ein Bild wie der „Baum am Meer“ (1921), das den neuen Stil in seiner endgültigen Form zeigt. Das Bild sieht aus wie eine „stilisierte“ Landschaft, in Wahrheit aber ist es nichts anderes als ein rein künstlerischer Organismus aus Farben und Formen, dessen einzelne Glieder allerdings die Gestalt eines Meerespiegels, eines Stückes Himmel, eines Baumes usw. haben. Wer ein solches Werk als „atmosphärisch“ anspricht, der überseht, daß hier der Ausgangspunkt und das Ziel des Kunstvollens dem der alten Meister direkt entgegengesetzt ist. Diese wollten die Natur möglichst getreu im Abbild wiedergeben, während die modernen Künstler aus den Elementen des Naturbildes ein eigenes, selbständiges Kunstgebilde schaffen. Um die Wirkung des Gegenständlichen möglichst abzuschwächen, wählen die italienischen Meister für ihre Darstellungen mit Vorliebe solche Dinge, die nur geringe Gefühlswerte für den Beschauer enthalten: Thermometer, Wandtische, Osterpuppen, Kegel, Würfel und ähnliche.

Auf der gleichen Entwicklungslinie bewegen sich die meisten

Der Volksentscheid.

In seiner gestrigen Sitzung genehmigte der Reichsrat u. a. den Gesetzentwurf über den Volksentscheid. Nach dem Gesetzentwurf findet der Volksentscheid statt: 1. Wenn der Reichspräsident den Entscheid über ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz binnen einem Monat nach der Beschlußfassung anordnet. 2. Wenn ein Drittel des Reichstages verlangt hat, daß die Verkündung eines Reichsgesetzes um zwei Monate ausgesetzt werde und innerhalb der Frist ein Zwanzigstel der Stimmberechtigten den Volksentscheid beantragt hat. 3. Wenn ein Fünftel der Stimmberechtigten die Verkündung eines Gesetzentwurfs begehrt hat und der begehrt Gesetzentwurf im Reichstag nicht unverändert angenommen worden ist. 4. Wenn der Reichspräsident bei Reinigungsversuchen zwischen Reichstag und Reichsrat über ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz den Volksentscheid darüber anordnet. 5. Wenn der Reichstag entgegen dem Einspruch des Reichsrats eine Verfassungsänderung beschlossen hat und der Reichsrat binnen zwei Wochen den Volksentscheid verlangt.

Die Reichsregierung bestimmt den Abstimmungstag durch Bekanntmachung im „Reichsanzeiger“. Abstimmungstag ist der Sonntag oder ein öffentlicher Ruhetag. Bei der unmittelbaren und geheimen Abstimmung ist das Wahlrecht zum Reichstag maßgebend. Die Vorschriften des Reichswahlgesetzes über die Bildung von Wahlbezirken finden entsprechende Anwendung.

Dr. Weyls Befehring.

Ein Augen- und Ohrenzeuge schreibt uns: In der Donnerstag-Abendnummer der „Freiheit“ sucht Dr. Weyl seine im „Vorwärts“ gekennzeichnete Befehring abzustreiten. Ueber seine ersten Ausführungen in der Besprechung beim Magistrat behauptet er: „Ich erklärte ausdrücklich, daß unsere Partei auch abtrübe von dem Aufruf der SPD, monach der Fall Sait zu einer Generalfreiparole aufgejogen werden sollte.“ Das Gegenteil war der Fall. In der Besprechung hat Dr. Weyl betont, daß seine Ansicht, fuhend auf dem Aufruf seiner Parteiorganisation, sich vollinhaltlich mit der von Herrn Gabel (SPD.) vorgebrachten Ansicht decke. — Dr. Weyl behauptet ferner in der „Freiheit“, daß Volkmerhaus lediglich den Aufruf der Gewerkschaftskommission vertreten habe, der allerdings im Gegensatz zum Aufruf der USF stände. Auch das ist unwar. Ehe Volkmerhaus auf den Aufruf der Berliner Gewerkschaftskommission einging, hat er sich zunächst mit dem Aufruf der USPD beschäftigt, den er in gerade umgekehrtem Sinne auslegte, wie es Dr. Weyl vor ihm getan hatte.

Bestien.

Essen, 6. April. (TSD.) Der früher hier tätig gewesene sozialdemokratische Parteisekretär Zinnler ist bei den Unruhen auf der linken Rheinseite von Kommunisten in bestialischer Weise zu Tode gemartert worden. Wie aus Wörz gemeldet wird, wurde Zinnler bei dem Sturm auf die Reche Rheinpreußen von Putschisten gewaltsam aus dem Hause geholt. Als man ihn vor die Tür brachte, bildete das Gesicht nur noch eine unförmige Masse. Draußen wurde er erneut mißhandelt, zu Boden geworfen und mit Sähen getreten. Eine Frau zertrümmerte ihm mit einer abgerissenen Latte den Schädel. Kein Mensch wagte, gegen die Bestien in Menschengestalt einzuschreiten. Noch als man ihn schon tot glaubte, stellten sich noch einige Wurzler auf den Daliegenden und bearbeiteten sein Gesicht mit den Abfäßen.

Putschorganisation in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 7. April. (WZ.) Wie nachträglich bekannt wird, war zur Zeit des mitteldeutschen Aufstandes auch hier eine sorgfältig vorbereitete Putschorganisation vorhanden, die aber rechtzeitig durch Verhaftung von 15 Mitgliedern unschädlich gemacht werden konnte. Ebenso wurden erhebliche Mengen Sprengstoffe, Bomben, Handgranaten, Waffen und Munition beschlagnahmt. Bei einigen Führern des geplanten Aufstandes handelte es sich um langgeleitete Eindreicher.

Werte dieser Künstler. „Hektor und Andromache“ und „Der große Metaphysiker“ von Giorgio de Chirico entsprechen in ihrer Auffassung Carràs „Penelope“, während im „Lehrenden Merkur“, im „Selbstbildnis“ und in dem „Jungen Mädchen“ ungefähr die Stufe des „Baum am Meer“ erreicht ist. Chirico lebt dabei die fatten, tiefen, leuchtenden Farben, Giorgio Morandi bevorzugt in seinen wunderbar zarten Landschaften und Stilleben vornehme, verschleierte Töne und Francalancia, der aus dem Geburtsort des heiligen Franziskus stammt, gibt kindliche, innige, verträumte Märchenstimmungen, wie sie die umbrische Malerei schon zu Raffaels Zeiten liebte. In der Brust der Russin zur Wählen aber scheinen zwei Seelen zu wohnen, deren eine der Raviotität wleteres Hans Thoma verwandt ist, während die andere („Aufstieg“ und „Berg und Sonne“) im Pathos mächtig sich türmender Formen und in ekstatischen Flammeneruptionen sich kundgibt.

Arturo Martini ist der Plastiker der Gruppe. Sein Schaffen zeigt äußerlich eine gewisse Hinneigung zum Stil der italienischen Frührenaissance. Aber der Geist ist ein anderer: nicht auf die Wiedergabe des charakteristischen Natureindrucks, sondern auf die reine rhythmische Formgestaltung geht alles aus. Man sehe z. B. die kleinen Bildwerke „Die Sterne“ und „Fruchtbarkeit“.

Die Kunst der neuen Italiener bedeutet einen konsequenten Fortschritt über die bisher erreichte Stufe hinaus. Sie zielt nicht, wie die jüngste Richtung der Franzosen, auf schlichte Vereinfachung, sondern auf eine feiner und tiefer nuancierende Zusammensetzung.

Dr. John Schitowski.

Franz Werfel lebt aus seinem Werk. . . Dichter sind selten gute Sprecher in Sinne deklamatorischer Kleinkunst. Dennoch ziehe ich z. B. Rilke seinem besten Interpreten Ludwig Hardt vor. Das Gefühl, hier baut der Dichter Wort für Wort und Bild um Bild und Ton in Ton den Vers noch einmal empor in hohe Himmel, reißt Herz und Nerven zusammen und bündigt sie zu gespanntester Andacht.

Franz Werfel, der als Sprecher seiner Gedichte mit den sinnlichen Reizen eines fabelhaften Tenors brilliert, bekümmert den Hörer mehr als er ihn aufreißt. Gibt Wohlgefallen statt Erschauung. Bündigt, wo er aufspießeln möchte. Wird Priester, wo er Gott sein könnte.

Das ist freilich ein äußeres Ranko. Der Dichter jedoch, im „Spiegelmann“ (eine magische Trilogie) am fühlbarsten, weiß die Kunde nach oben. Es freut mich, dies konstatieren zu dürfen. Denn zwischen dem umfangreichen Gedichtbuch „Der Gerichtstag“, das hier vor einem Jahr gepriesen wurde, und diesem „Spiegelmann“ liegen zwei gleichzeitige Bücher. Ein Roman, der weder Roman noch Dichtung ist, und eine formlose Phantastie „Der Spielhof“.

Ich bin mir durchaus nicht im Unklaren, daß diese „magische Trilogie“, von der der Dichter den Prolog las, kein „Theater“ im Sinne dessen ist, was Publikum (und Kritiker) von der Schaubühne heute noch zu fordern den Mut haben. Die Bühne aber von Uebermorgen wird für ein Pathos der Seele, für Handlungen, die durch

Staatsanwaltsantrag im Vater-Prozess.

Magdeburg, 7. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Zu Beginn der Verhandlung teilte der Vorsitzende mit, daß die Ladung des unabhängigen Abgeordneten Kunert-Halle und der von der Verteidigung gestellte Beweisantrag auf Ladung der Führer der Orgesch abgelehnt wird, weil sie unerheblich sind. Das Gericht geht nach der bisherigen Beweiserhebung davon aus, daß die Angeklagten mit einem Rechtsputsch gerechnet haben. Das mache die Vernehmung der angeführten Zeugen überflüssig. Im weiteren Verlaufe des Prozesses tritt immer deutlicher hervor, welche traurige Rolle der Hofspiegel Roth gespielt hat. Bei der Gegenüberstellung mit einzelnen Zeugen ergibt sich, daß alle Angaben von Roth stammen. Ein Amtsgerichtsrat aus Stendal brachte zur Sprache, daß in Stendal eine Mörderliste bestanden haben soll, auf der sämtliche Richter und Verwaltungsbeamte verzeichnet waren, die erschossen werden sollten. Auch dieses Gericht hat Roth in die Welt gesetzt. Es ist bei keinem der Angeklagten eine derartige Liste gefunden worden. Von dem Zeugen Roth wurde nicht bestritten, daß er es gewesen sei, der zur Beschaffung der Waffen und des Dynamits

aufgefordert hat. In Stendal war weiter das Gericht verbreitet, daß zu jeder der Wohnungen der auf der Mörderliste stehenden Personen Nachschlüssel vorhanden waren. Mehrere Zeugen (Gerichtspersonen) sollen für diese Behauptung den Beweis erbringen. Ein Zeuge will gehört haben, daß seine Korridor für in der Nacht aufgeschlossen worden ist, und ein anderer Zeuge hat in seinem Haus einen Schlüssel gefunden, der zwar nicht zu der Wohnung, wohl aber zum Weinkelner gepaßt hat. Beiden Zeugen ist aber erst nachträglich der Gedanke gekommen, daß es sich vielleicht um die in den Gerüchten erwähnten Nachschlüssel handle. Beweise dafür sind nicht vorhanden.

Ein Amtsrichter und ein Polizeimeister, die die Vernehmung in der Voruntersuchung geführt haben, bestätigen, daß die Protokolle nach den Aussagen der Angeklagten angefertigt sind. Diese Feststellung hielt das Gericht für notwendig, weil die Angeklagten ihre protokollierten Aussagen widerrufen haben. Die Zeugen behaupten durchweg, daß sie an die militärischen Vorbereitungen der Vereinigten Kommunistischen Partei geglaubt haben. Die Zeugin Roth (Ehefrau des Spiegels Roth) will von der Tätigkeit ihres Mannes nichts gewußt haben. Geldzuwendungen hat sie während der Haft ihres Mannes nur in Gestalt von Lohnvorschüssen vom Sachsenwerk bezogen. Erwähnung mag finden, daß Roth auch den Zeugen gegenüber vom Vorkommenden als Spindel bezeichnet

wird. Roth beklagt sich beim Gerichtshof, daß er nach Schluß der Wittwocherhandlung von einem Teil der Angeklagten umringt und „Bump“ tituliert worden ist. Der Kommissar Treptow habe ihn nachher geschäft. Damit ist die Beweisaufnahme geschlossen.

Die Staatsanwaltschaft und die Verteidigung beantragen, daß der Spindel Roth nicht verurteilt wird, weil er der Mittäterschaft verdächtig erscheint. Der Verteidiger zieht außerdem die Glaubwürdigkeit dieses Zeugen in Zweifel. Der Nachmittag bringt die Anklage des Staatsanwaltsrats Käbler, die gleichzeitig eine Verurteilung des Spiegels ist. Hauptverrat und die Bildung militärischer Kampforganisationen seien erwiesen. Die Angabe einiger Angeklagter, daß es sich um Bildung von Gruppen zur Wahlagitation gehandelt habe, sei unglaubwürdig. Zeuge Roth sei Spindel, man könne ihn nicht anders nennen. Erst sei er zum Verräter geworden und dann zum Spindel herabgesunken. Auch das Gericht werde diesen Verrat abseufzlich finden. Der Anklagevertreter geht dann auf die Taten der einzelnen Angeklagten ein. Der hauptsächlichste, Landtagsabgeordneter Wöttge, befände sich leider nicht auf der Anklagebank, da ihn seine Immunität als Abgeordneter schütze. Die anderen Angeklagten seien verurteilt, und es läme darum nicht die Zuchthausstrafe in Frage. Für neun Angeklagte, darunter den Kommunisten Wates, beantragt er Freisprechung, für Jacobs als hauptsächlichsten ein Jahr Gefängnis, für sieben weitere Angeklagte vier Monate Gefängnis, ein Angeklagter soll mit drei Monaten und die übrigen mit einem Monat Gefängnis bestraft werden.

Simons auf italienischem Boden flücht. Der deutsche Minister des Auswärtigen Dr. Simons, der sich in Luzern aufhält, kam mit seiner Familie während eines Automobilausfluges auf italienischen Boden und wurde nach Ponte Tresa „besetzt“, wo er sich nur schwer ausweisen konnte. Im Mitternacht kehrte er in die Schweiz zurück.

das Magische des Symbols plastisch gemacht werden, den Schauspielern und den Hörer herausgelöst haben.

Das Werk außer dem Bruchstück aus diesem Drama las, war bis auf die fabelhaft zarte Hymne „Geburt“ nicht so neu. Seine eminente Einstellung zum Absolut-Mystischen verführt ihn häufig zu Wortballungen, die nicht mehr Gedicht sind. Die „Arien“ sind lediglich als Experiment bemerkenswert.

Die Gemeinde, die sich um Franz Werfel im Beethovensaal scharte, entsprach dem Ausmaß seiner Bedeutung als Dichter. Er gehört zu den wenigen Glücklichen, die sich sonnen dürfen unter Palmen und Lorbeer, nicht als Bäfte, sondern leibhaftig. Nur weniger Rurfürstendamm wünsche ich ihm. Paul Zsch.

Das Recht auf Standal im Theater. Ueberall in Deutschland haben Zentrumsangehörige die Aufführung von Lautenacks „Barrhauskomödie“, die mehr menschlich als satirisch Pfarrhausstücken bekennt, zu stören, zu hinterzählen, ja zu unterdrücken versucht. Im Deutschen Theater in Hannover war der Zentrumsführer Dr. Rintelen an den Störungen beteiligt. Der Theaterdirektor forderte ihn auf, das Theater zu verlassen, und stellte, als er sich nicht daran leitete, Strafandrohung wegen Hausfriedensbruch. Obwohl der Angeklagte der Tat geständig war, wurde er vom Landgericht Hannover freigesprochen. Denn: gegen Schuld und sittenlose Stände hat das Publikum ein Recht auf Selbsthilfe.

Ausgezeichnet! Konsequenzen gefällig? Wenn mir ein sittenloses Buch in einer Auslage mißfällt, darf ich zum mindesten keine Weisung verlangen, event. erzwingen. Keraert mich der Rücken-ausschnitt meiner unästhetischen Nachbarin im Theater, so mache ich vom Recht der Rotwehr Gebrauch, indem ich ihn zuhänge. Ufw. Für Unterhaltung ist also, wenn dies Urteil mehrabend wird, im wirklich befriedigender Weise überall gesorgt. Der Kampf gegen die Unästhetik kann zum Bildersturm, zum Rabau, zum Scheiterhaufen werden. Wir freuen uns einer jeden jugendlichen Tat, auch wenn sie Gesetzesparagrafen verletzt, falls sie von einem starken Gefühl der Volksgemeinschaft getragen ist. Aber wenn jeder das Recht haben soll, ein Theaterstück unmöglich zu machen, des ihm unästhetisch scheint, und Hunderte zu terrorisieren, die es sittlich finden, so heißt das die verrückteste Einrichtung der polnischen Konstitution von ehemals zum Prinzip zu erheben.

Und dann eine kleine Nebenfrage: welche Stille sind sittenlos? Gehört z. B. die „Barrhauskomödie“ in diese Sippe? Sicherlich genügt dem Gerichte schon die subjektive Ueberzeugung des Angeklagten.

Herrliche Sache: die Selbsthilfe. Michael Kohlhaas erschneit auch ihr Antiflophiker — stürmt in eurer alkoholfreien Berausheit die unästhetischen Aneimen. Ihr Mannen von Holz zertreppert die Brunnenabwiler, die Ehe unästhetischer Kapitalisten! Das Landgericht in Hannover bewilligt auch die Selbsthilfe, um euren ethischen Druck- und Dranggefühlen Entfaltung zu schaffen.

Ein Mensch-Steinbild von Peter Breuer wird in der Vorhalle von Schinels Altem Kuleum am Aufgange anzuheben, und zwar an der einen Schmalleite. Der Meister steht in seinem langen Rock bei der Arbeit da: er zeichnet, das Auge hat auf etwas Interessantes eingestellt.

Bühnenkunst. Leopoldine Konstantin nimmt ihre Zügelhüt an den Vornom's-Führern in der am Dienstag im Deutschen Theater erfolgten Neuaufnahme von Karl Sternheims Schauspiel „Die Marquise von Arcis“ wieder auf.

Schulgeldaufbringung nach sozialen Grundsätzen.

Ein weiteres Stück Erwerbslosenfürsorge. — Die Förderung der Bau tätigkeit.

Fragen der Erwerbslosenfürsorge, der Schulgeldaufbringung und der Wohnbautenvermehrung führten gestern in der Stadtverordnetenversammlung zu langen Erörterungen. Gegenüber den neuesten Beschlüssen des ständigen Ausschusses zur Durchführung der Erwerbslosenfürsorge, denen die Versammlung schließlich zustimmte, hatten die Kommunisten ihre leider unersättlichen Forderungen wiederholt. Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Brolat, kennzeichnete treffend die lediglich demagogischen Absichten der kommunistischen Anträge. In der Abstimmung darüber blieben die Kommunisten — völlig allein. Die Vorlage des Magistrats auf einfache Erhöhung des Schulgeldes für höhere Schulen wurde, wie der Ausschuss empfahl, abgelehnt. Angenommen wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Unabhängigen und Kommunisten ein Beschluß des Ausschusses, der sich sehr bestimmt für baldigste Einführung einer Staffelung des Schulgeldes nach sozialen Grundsätzen und für eine allgemeine Schulksteuer an Stelle der Schulgelderhebung ausspricht. Daß auf bürgerlicher Seite der Stafflungsgebanke keine Begeisterung werden würde, war zu erwarten. Er wird sich aber durchsetzen, trotz allem Widerstand.

Sitzungsbericht.

Eine Anfrage von rechts verlangt Auskunft vom Magistrat, wie er die Steuerzahler mit einer Million befohlende Ausgabe rechlertigen will, die aus der mit vollem Lohn und Gehalt erfolgte Beurlaubung von circa 20 000 Arbeitern und Angestellten zum Begräbnis des Obermaschinenisten Sält erwachsen ist.

Zimmermann (U. Soz.) berichtet namens des ständigen Ausschusses für die

Durchführung der Erwerbslosenfürsorge.

Daß die bei den Reichs- und Staatsbehörden unternommenen Schritte des Unterausschusses fast völlig negativ Erfolg hatten. Der Ausschuss beantragt: Die Versammlung ersucht den Magistrat, einen Fonds zur Verfügung zu stellen, aus dem Beihilfen an Erwerbslose und an die minderbemittelte Bevölkerung zur Beschaffung der Schulentlassungs- und Berufsberatungsbekanntmachung gezahlt werden. Diese Beihilfen dürfen nicht den Charakter einer Armenunterstützung tragen.

Ostrowski (Komm.) bringt fast alle Anträge seiner Fraktion wieder ein und warnt die Mehrheit, die Arbeitslosen zum dritten Male zu enttäuschen. Die Zeit sei bitter ernst; das Strafgericht werde hereinbrechen (Aufe: Hu, hu!), die Widerspenstigen würden übertrampelt werden und die Herrschaft und die Verwaltung werde in die Hände derer übergehen, die man jetzt außerhalb der Gesellschaft stelle.

Rosemann (U. Soz.): Die meisten der eben wieder eingebrachten Anträge sind längst erledigt. Eine einmalige Zuwendung muß erfolgen; lehnt es die Reichs- und Staatsbehörde ab, so muß es die Stadt tun.

Müller-Frank (Wirtsch. Bgg.): Die Frage gehört vor den Reichstag.

Nachdem Stadtrat Rante eine beifällige Bemerkung des Vordemners berichtet hat, führt

Brolat (Soz.) aus, daß seine Partei es nicht mitmache, bei den Arbeitslosen unerfüllbare Hoffnungen zu erwecken.

In der letzten Ausschusssitzung seien die Kommunisten überhaupt nicht zugegen gewesen. Die an sich berechnete Forderung einer einmaligen Beihilfe könne Berlin allein nicht erfüllen.

Ostrowski (Komm.): Brolat hat das Gebot der Stunde recht wenig erfüllt. Unser Genosse Schindler hat der letzten Ausschusssitzung fernbleiben müssen; wir bedauern das sehr.

Haus Becker (Dnol. Sp.) lehnt auch den Ausschussantrag ab, da er zu unbestimmt und in seiner Tragweite nicht zu übersehen sei.

Wollhoffmann (Komm.): Wir können im Reichstag als selbständige Fraktion Anträge nicht stellen.

Die Anträge der Kommunisten werden abgelehnt, der Ausschussantrag gelangt einstimmig zur Annahme.

Ein Dringlichkeitsantrag Lüdke-Roch (Dnol. Sp.) betr. unverzügliche Wiedereinstellung der jetzt entlassenen Arbeiter, welche in den Kapp-Putschtagen in den städtischen Betrieben fortgearbeitet haben, findet auf der Linken Widerspruch; seine Verhandlung in der heutigen Sitzung muß unterbleiben.

Die Magistratsvor schläge wegen

Staffelung der Schulgelder

an den höheren Lehranstalten sind vom Ausschuss abgelehnt worden. Der letztere schlägt vor, den Magistrat zu ersuchen, eine neue Vorlage für die Organisation des Schulgeldes, etwa nach den Grundsätzen der sozialen Staffelung, mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 zu machen, bis dahin aber das bisherige Schulgeld weiter zu erheben. Gleichzeitig soll hinfort die Schulgelderhebung in der ganzen Stadtgemeinde nach dem sozialen Bedürfnis erfolgen und auf die Einführung einer allgemeinen Schulksteuer an Stelle des Schulgeldes hingewirkt werden.

In der Aussprache tritt Troll (Dnol.) der Staffelung entschieden entgegen und erblickt in dem Antrag wegen der Freischule angelegentlich der Finanzlage lediglich eine agitatorische Tendenz. Es wäre evtl. immer noch vorzuziehen eine mäßige Erhöhung des Schulgeldes auf 300 M. zu beschließen und für linderreiche Familien je 25 Proz. für jedes weitere Kind zu erlassen.

Goh (Komm.) bringt den vom Ausschuss mit 6 gegen 5 Stimmen abgelehnten Antrag auf Unentgeltlichkeit des Unterrichts ab 1. Oktober 1921 wieder ein. Nur auf diesem Wege sei der höhere Unterricht für das Proletariat zu erobern.

Galle (Ztr.) nicht nach politischen, sondern nach pädagogischen Rücksichten muß diese Frage behandelt werden. Wir stimmen der Staffelung zu. Die Schulksteuer wird nur nach Vereinbarung mit der staatlichen Schulbehörde einzuführen sein. Prinzipiell muß die Schulgelderhebung angestrebt werden.

Dr. Heilmann (Dem.) protestiert gegen die Staffelung, steht aber sympathisch zur Schulksteuer, da die Erziehung eine Sache der Volksgemeinschaft sei.

Vohmann (Soz.) vermagt sich gegen die demagogische Art.

In der Troll die jegliche Schulgelderhöhung als das Werk eines sozialdemokratischen Ministers und eines sozialistischen Magistrats stigmatisiert habe. Das frühere Regime habe das Schulgeld auf 120 Goldmark gesetzt; dem gegenüber bedeute auch die Erhöhung auf 500 M. noch eine Verbilligung. (Rachen bei den Kommunisten.) Die Beilegung der höheren Schule als Ständeschule und Klassen schule werde mit den Ausschussvor schlägen auch gelingen; die soziale Staffelung sei in einer Reihe deutscher Kommunen bereits durchgeführt.

Der Antrag der Kommunisten wird abgelehnt, ebenso der Antrag Troll; der Ausschussantrag wird von der Mehrheit in seinen einzelnen Teilen angenommen.

Es läuft nach 8 Uhr ein Dringlichkeitsantrag der Demokraten ein, den gleichen Gegenstand betreffend wie die zu Beginn der Sitzung gestellte Anfrage. Die äußerste Linke erhebt Widerspruch.

Zur Abbüderung der Baukostenübersteuerungen

hat Berlin einen Staatszuschuß von 30 Millionen Mark erhalten. Berlin muß seinerseits mindestens ein Drittel dieser Summe als städtisches Darlehen zuschießen; der Magistrat beantragt aber, um den Staatszuschuß für Kleinwohnungs zwecke voll auszunutzen, außer diesen 10 noch 24 Millionen bereitzustellen.

Nach längerer Erörterung wird nach dem Magistratsantrag beschlossen. Die in der Debatte von Dörr (Komm.) gemachte Bemerkung über die willkürliche und ungerechte Neuverteilung der Degernate, weist Oberbürgermeister Böh auf bestimmte mit dem Hinzufügen zurück, daß er überhaupt bezweifle, ob Herr Dörr über diese Verteilung ein Urteil haben könne.

Die dringliche Vorlage des Magistrats wegen Schaffung von Degernaten in der Schulverwaltung geht ohne Aussprache an einen Ausschuss.

Die Errichtung einer Berliner Sitzzentrale wird ebenfalls an einen Ausschuss verwiesen.

Schluß gegen 10 Uhr.

Millionen-Geschäfte des KVB.-Direktors.

Die Verhaftung des Direktors Kovarra von der Kleiderverwertungs-Gesellschaft hat in Berlin viel Staub aufgewirbelt. Der Berliner Magistrat meldete gestern, wie wir bereits im Abendblatt mitteilten, daß die Gesellschaft selbst und damit die Stadt in keiner Weise geschädigt sei. Von unrichtiger Seite werden uns jetzt noch folgende Einzelheiten mitgeteilt:

Die Geschäfte Kovarras reichen zurück bis in die Kriegszeit, als die Zwangsablieferung der Kleider einsetzte. Die damaligen Verhältnisse, wie auch die Neuartigkeit der ganzen Einrichtung, brachten es mit sich, daß über die Organisation der Kleiderablieferung nur wenig Kontrolle vorhanden war. Auf diese Art und Weise war es Kovarra möglich, Kleidungsstücke, die der Kleiderverwertungs-Gesellschaft hätten zugeführt werden müssen, auf eigene Rechnung zu übernehmen und zu verkaufen. In diesen Geschäften soll der Verhaftete Millionen verdient haben. In die Angelegenheit ist auch eine Reihe Berliner Kleiderhändler verwickelt. Die Abnehmer für die Waren des Direktors Kovarra waren und die mit Rücksicht auf die Stellung des K. davon Kenntnis gehabt haben mußten, daß es sich um unerlaubte Nebengeschäfte gehandelt habe. Es ist daher mit weiteren Verhaftungen in den Kreisen dieser Händler zu rechnen. Die Meldung, daß bei der Durchsuchung der Wohnung Kovarras namhafte Geldbeträge — man sprach von einer Million — gefunden worden seien, trifft nicht zu, wohl aber fanden die mit der Hausdurchsuchung beauftragten Beamten der Kriminalpolizei Kontobücher Kovarras, aus denen die ganze Art seines Nebengeschäfts klar hervorgeht. Am gestrigen Donnerstag nachmittag besah sich eine in den Räumen der KVB. abgehaltene

Aufsichtsratsitzung

unter Vorsitz des Berliner Stadtrats Weisse mit der Angelegenheit. An dieser Sitzung nahmen auch Vertreter der Staatsanwaltschaft teil.

Aus dem Vorleben des Verhafteten ist noch mitzuteilen, daß Kovarra, der in den fünfziger Jahren steht, in einem bekannten Berliner Kaufhause beinahe 25 Jahre lang als Kassamediant tätig war. Aus dieser Stellung schied er vor ca. 15 Jahren aus, hatte dann einen Buchdruckereibetrieb und ein Annoncenbureau und ging dann schließlich nach Amerika, von wo er zu Beginn des Krieges zurückkehrte.

Die versinkende Friedrichstraße.

Klagen wegen des Untergrundbahnbaues.

Im südlichen Teile der Friedrichstraße wird zurzeit der Tunnel der städtischen Nord-Südbahn über eine Moorstrecke geführt. Dabei sind in letzter Zeit Erscheinungen eingetreten, für die zunächst jede Erklärung fehlt. Neben den Senkungen der Bürgersteige hat der Baugrund hier auch den Tiefbauern hinsichtlich der Grundwasserhältnisse Ueberraschungen bereitet. Zum Bau der Untergrundbahn ist die Absenkung des Grundwasserspiegels bis unter die Sohle des Bauwertes, welches etwa 5-6 Meter tiefer liegt als die Fundamente der Häuser, erforderlich, die durch eine Reihe von Brunnen und Pumpen erfolgt. Im allgemeinen wird nun darüber geklagt, daß die Fundamente der Häuser durch die Absenkung des Grundwassers leiden und auch Risse in den Wänden der Häuser auftreten. So will der Besitzer des Hauses Friedrichstr. 27, Ecke der Besselstraße, die Untergrundbahn-Baugesellschaft zur Bestimmung eines Schadensersatzes heranziehen. Auf der gegenüberliegenden Seite der Straße hat sich nun in einem der dort befindlichen Lagerkeller, trotz der nur wenige Meter davon entfernt liegenden viel tieferen Baugrube und trotz des abgesetzten Grundwassers plötzlich Wasser im Keller gezeigt. Die Ursache dieser Erscheinung ist völlig ungeklärt. Auch die Wasserwerke haben bei der sofort angestellten Prüfung der Leitungen festgestellt, daß ein Schaden an den Rohren nicht eingetreten ist. Dieses Wasser verichwand nach einigen Stunden, um wenige Tage darauf wiederzukommen. Auch dieser Hausbesitzer klagt auf Schadensersatz. In dem Hause gegenüber der Marktstraße ist in dem Keller unter der Lohreinfahrt ein Teil des Kellerbodens um etwa 1 Meter gesunken. Auch in dieser Erscheinung sollte der Bau der Untergrundbahn schuld sein. Zur Einleitung eines Beweisverfahrens wurde ein Sachverständiger bestellt, der festgestellt, daß sich unter dem Fußboden des Kellers ausgebreitete Hohlräume befinden, die bereits seit Jahren bestehen müssen, als o

der Flinte unterwegs!" sagte er. Jakob schlich beiseite und versteckte den Kopf an der Mauer.

Die neue Verfügung des Krugwirts erregte Kummer in dem kleinen Heim. Sein Spruch nahm der Familie die Mutter; wie sollten sie alle ihr Stimmütterle entbehren können, in deren Fürsorge sie sich so eingelebt hatten!

Stine selbst nahm es am ruhigsten hin. Ihr ganzes Leben war darauf eingerichtet, daß sie etwas früher oder später aus dem Hause sollte, um Fremden zu dienen. Und während sie aufwuchs, war es wie ein roter Faden durch alle Ermahnungen gegangen: tüchtig zu werden, mit der zukünftigen Herrschaft vor Augen. „Ja, Kind — hatte Großvater gesagt —, daß du groß und stark wirst und man mit dir zufrieden ist, wenn du unter fremde Leute kommst! Und von Sörine hatte sie — als die Reihe an diese kam — täglich den Kehrreim zu hören bekommen: Sieh zu, daß du dich ein bißchen besser schickst, sonst kannst du nirgendwo bleiben. Der Lehrer hatte es in seine Ermahnungen verflochten, und der Pastor wandte unwillkürlich sein Gesicht ihr zu, wenn er während des Vorbereitungsunterrichts von dem treuen Diensthoten sprach. Sie hatte selbst bei ihrem Tagewerk stets das eine vor Augen gehabt, einmal ein tüchtiger Diensthote zu werden — und mit einer Mischung von Furcht und Erwartung hatte sie des großen, entscheidenden Augenblicks geharrt, da sie das Heim verlassen sollte, um sich bei Fremden nützlich zu machen.

Und nun näherte sich die Stunde. Es tat ihr leid, aber vor allem um der Ihren daheim willen. Was sie selbst betraf, so konnte es ja im Grunde nicht anders kommen.

Sie brachte alles in Ordnung, mit der bevorstehenden Trennung vor Augen, führte Schwester Else in die Arbeit ein und erklärte ihr, wie alles gemacht werden sollte, und wo jedes Ding seinen Platz hatte. Else war ein verständiges Kind, mit dem leicht auszukommen war. Schwieriger war es mit Christian. Stine machte sich ernsthafte Sorgen, wie es gehen sollte, wenn sie nicht mehr da war und ihm zurechtshelfen konnte. Jeden Tag redete sie ernstlich mit ihm.

„Nun mußt du bald aufhören, so einfüßig zu sein, daß du Reichhaus nimmst, sobald du mit etwas unzufrieden bist," sagte sie. „Denk daran, daß du der Beste bist; du bist schuld, wenn Paul und Schwester schlechte Kinder werden. Sie haben künftig nur dich, nach dem sie sich richten können. Und du mußt den Born-und-hinten-Jacob nicht necken, das ist unrecht.“

Christian versprach alles — er war der gutmütigste Kerl von der Welt. Es fiel ihm nur schwer, sich seiner guten Worte zu erinnern. (Fortf. folgt.)

Stine Menschenkind.

II. Mütterchen.

Von Martin Andersen Nexö.

Drinnen auf dem Zimmerlich packten sie den Korb aus. Es war alles darin, was sie gebrauchten, und was sie hatten holen lassen wollen; außerdem noch verschiedenes andere, das man sich wünschen konnte, aber nicht auf Kredit nahm: ein Kalender mit Erzählungen, ein Pfund Kochschokolade und eine Flasche alter französischer Wein. „Es ist genau wie mit dem lieben Gott," sagte Stine, die noch Ueberreste vom Konfirmationsunterricht im Kopf hatte — „wenn's am aller-schlimmsten aussieht, hilft er immer.“

„Ja, der Krugwirt ist ein komischer Hundstott. Da hat man ihm die Türen eingerannt, um Waren von ihm zu kriegen — und hat nichts anderes als einen Fußtritt aus der Falltür gekriegt; und dann bringt er das Ganze selber! Er muß wohl was damit im Schilde führen. Na, es mag sein, wie es will — die Sachen sollen uns deshalb nicht schlechter schmecken!“ Lars Peter war nicht gerührt.

Wie man's nun auch auffassen wollte — Weihnachtsfreundschaft war es jedenfalls nicht; sie konnten weiter Waren im Laden bekommen. Der Krugwirt strich zwar hin und wieder einige Sachen vom Zettel, die er für überflüssig hielt, aber mit leerem Korb kamen die Kinder nicht nach Hause. Stine neigte dauernd dazu, das Walten der Vorbereitung darin zu sehen, aber Lars Peter nahm es nüchtern. „Zum Kukud, er kann uns doch nicht verhungern lassen, wenn wir für ihn arbeiten sollen," sagte er. „Du sollst sehen, der Bursche hat herausgefunden, daß wir keinen Spar-groschen mehr haben. Er hat eine feine Nase.“

Ganz befriedigend war die Erklärung trotzdem nicht — auch nicht für Lars Peter selber. Der Krugwirt hatte etwas an sich, das sich nicht in Geld ausrechnen ließ. Er wollte registrieren, ja, aber er schaute sich wahrhaftig auch nicht. Ueberall war er zu finden; er hatte die Verhältnisse jeder einzelnen Familie im Kopfe, kannte ihre Angelegenheiten besser als sie selber und griff ein. Seine Allwissenheit hatte ihre guten und bösen Seiten; niemand wußte, in welchem Augenblick der Krugwirt sich über ihn hermachte.

Lars Peter bekam seine allväterliche Fürsorge von einer neuen Seite zu spüren. Eines Tages sagte der Krugwirt, ganz gelegentlich: „Du hast ein großes Mädel im Haus, Lars Peter; sie muß bald für sich selber sorgen können.“

„Sie hat sich ihr täglich Brot seit vielen Jahren verdient, und wie hat sie's getan! Und Dant dazu verdient!“ erwiderte Lars Peter. „Ohne sie wär' es um mich übel bestellt.“

Der Krugwirt rannte weiter. Doch ein andermal, als Lars Peter am Giebel stand und Reifig zerhackte, kam er wieder und knüpfte da an, wo er das letzte mal aufgehört hatte. „Ich bin nun mal der Ansicht, daß die Kinder nach der Konfirmation nicht im Hause herumhocken sollen," sagte er. „Je eher sie unter die Menschen kommen, desto schneller lernen sie, sich zurechtzufinden.“

„Das lernen die armen Leute schon, mögen sie in der Fremde oder zu Hause sein, dem steht nichts im Wege," antwortete Lars Peter. „Unser hausmütterchen können wir nicht missen.“

„Auf dem Batte-Hof möchten sie Stine gern zum Mai haben — es ist eine gute Stelle. Das wär' so gemeint, daß Lars Jensens Witwe zu dir ziehen und dir die Wirtschaft führen könnte; sie ist eine brave Frau und kann sich augenblicklich gar nicht nützlich machen. Am besten wär's ja, wenn ihr beide heiraten würdet.“

„Meine Frau ist gut genug für mich," entgegnete Lars Peter abweisend.

„Die ist ja, und mit einer Bestraften braucht man nicht wieder zusammenzuleben — wenn man nicht will.“

„Man hat das wohl schon gehört, aber hier bei uns denkt keiner an Scheidung. Sörine soll einen Ort haben, wo sie hin kann, wenn sie herauskommt.“

„Das mach' du mit deinem Gewissen ab, Lars Peter. Aber im Wort Gottes steht nirgendwo geschrieben, daß man Tisch und Bett mit einer Mörderin teilen soll. — Was ich sagen wollte — — Lars Jensens Witwe verfügt über ein ganzes Haus.“

„Dann könnten wir vielleicht dahin ziehen?" sagte Lars Peter lebhaft. „Hier wohnt sich's auf die Dauer nicht schön.“ Die Hoffnung, selber zu bauen, hatte er ganz aufgegeben.

„Wenn ihr heiratet, ist das Haus ja als dein Eigentum zu betrachten.“

„Ich werde Sörine nie untreu!" rief Lars Peter und schlug die Art in den Haufloß. „Nun weißt du's!“

Da ging der Krugwirt, ruhig und freundlich, wie er gekommen war. Der Born-und-hinten-Jacob stand hinter dem andern Giebel und zeigte mit der Flinte hinter ihm her; die Büchse war mit Salz geladen; er wartete bloß auf das Wort zum Losfeuern. Der Krugwirt ging zuerst landeinwärts, dann kam er zurück und ging dicht an Jakob vorbei — er hatte wahrhaftig keine Angst. „Na, bist du heut mit

nicht auf die Untergrundbahn zurückzuführen sind. Die falsche Hoffnung einer Reihe von Hausbesitzern, auf Kosten der Untergrundbahn ihre Häuser ausbessern zu können, dürfte also nicht in Erfüllung gehen.

Raubüberfall mit Todesausgang.

Ein Raubüberfall, der in der Neuen Königstraße am Mittwoch vormittag verübt wurde, hat dem Ueberfallenen das Leben gekostet. Der 15 Jahre alte Lehrling Georg Kohle war in den Neuen Kartonnagenwerken von Kohle u. Komp. in der Sebastianstraße 7, deren Mitinhaber sein Vater ist, beschäftigt. Mittwoch vormittag hob er für die Firma aus dem Postfach in der Dorotheenstraße 2900 M. ab. Mit dem Geld in der Manteltasche fuhr er nach dem Alexanderplatz. Von dort ging er zu Fuß durch die Neue Königstraße, um in dem Hause Nr. 71 Geld auszuzahlen. Vor dem Hause Nr. 60 erhielt er von einem unbekanntem Mann, der ihm ohne Zweifel vom Postamt her gefolgt war, einen Stoß, so daß er in den Hausflur fiel, und hier einen Schlag auf den Kopf, der so wuchtig war, daß er besinnungslos zusammenbrach. Als er schon nach ganz kurzer Zeit wieder zu sich kam, war der Mann mit dem Gelde, das er ihm aus der Manteltasche gestohlen hatte, verschwunden. Der Beraubte begab sich gleich nach dem Polizeipräsidium und machte Anzeige. Als er nach Hause kam, zeigten sich schon bedenkliche Spuren einer Gehirnerschütterung. Der Zustand verschlechterte sich bald und im Laufe der Nacht starb der junge Mann. Die Nachforschungen nach dem Räuber hatten noch keinen Erfolg. Auf seine Ergreifung sind 3000 M. Belohnung ausgesetzt. Mitteilungen sind zu richten an Kriminalkommissar Geißel, Zimmer 133, Hausanruf 490.

Die Jagd hinter dem Falschmünzer.

Selbstmord bei der Verhaftung.

Die Berliner Kriminalpolizei hat jetzt einen hartnäckigen Kampf mit einem Falschmünzer hinter sich, dem es stets von neuem gelang, sich aus der Schlinge zu ziehen, um in irgendeinem Winkel eine neue Geheimdruckerei für Falschgeld zu errichten. Als der Falschmünzer sich schließlich von allen Seiten umstellt und keinen Ausweg sah, übte er sich durch einen Schuß in die Schläfe.

Am 11. Februar d. J. hat das Reichsbankdirektorium in den Zeitungen vor einer Nachzahlung der neuesten 50-Mark-Noten mit dem Ausgabedatum vom 23. 7. 1920 gewarnt. Die Reichsbank-Falschgeld-Abteilung ermittelte den Hersteller in der Person eines Zeichners Kurt Gallena. Dieser hatte gemeinsam mit dem Berliner Schantwirt Adolf Klär, Fehrbelliner Str. 50, in einem Sommerhäuschen in dem kleinen Fischerdorf Heidebrink auf der Insel Wollin eine Falschmünzwerkstatt eingerichtet. Hier stellten beide zunächst 20-Mark-Darstellungsscheine und dann die grünen 50-Mark-Noten vom 24. 6. 1919 her. Die Scheine waren aber so plump ausgeführt, daß die Betreiber der falschen Noten schon bei dem ersten Versuch der Herausgabe verfaßt wurden. Die Reichsbank-Falschgeld-Abteilung hob das Falschmünzwerk auf und nahm Klär fest, während Gallena sich noch rechtzeitig in Sicherheit bringen konnte. In seiner Sommerwohnung in Oranienburg richtete sich Gallena nun eine neue Falschmünzwerkstatt ein und benannte die damals von der Reichsbank gerade herausgegebenen 50-Mark-Noten vom 23. 7. 1920 zu falschen. Auch diese Fälschungen stellten so schlecht aus, daß die Kriminalpolizei den Falschmünzern wieder auf die Spur kam. Beim Zusammentreffen mit Beuten, die für Gallena die Scheine umsetzten, wurde er von den Beamten überfallen. Während seine Mitläufer festgenommen werden konnten, gelang es ihm abermals zu entweichen. Als die Falschgeld-Abteilung nun in Oranienburg nach ihm Ermittlungen anstellte, flüchtete er in der Nacht mit seinem gesamten Falschmünzmaterial nach Berlin. Hier wurde er wenige Tage später in seinem neuen Schlafwinkel aufgefunden und seine Werkstatt ausgehoben. Gallena beging bei seiner Verhaftung Selbstmord durch Erschießen, während ein Selbstmordversuch seiner Geliebten verhindert werden konnte.

Nicht abgeholte Belohnungen.

Das Reichsbankdirektorium hat jetzt an die Privatpersonen, die bei der unlängst gemeldeten Aushebung der Falschmünzwerkstatt Fuchs in Reußküll mitgewirkt hatten, namhafte Belohnungen zur Auszahlung gebracht. Zu der Aushebung hat ein Berliner Kaufmann wesentlich beigetragen, der in Reußküll die Festnahme von zwei Frauen veranlaßte, die in einem Konfitürengeschäft einen falschen 50-Markschein in Zahlung geben wollten. Bei der Beobachtung und Verfolgung der beiden Frauen sind dem Kaufmann zwei Gasanstaltsarbeiter behilflich gewesen, deren Namen unbekannt sind, so daß ihnen eine Belohnung noch nicht gewährt werden konnte. Die Reichsbank-Falschgeld-Abteilung bittet deshalb die in Frage kommenden Personen, ihre Adressen an Kriminalkommissar von Liebermann, Kurstr. 49, mitzuteilen.

Falsche 1000-M.-Scheine.

Von der Ende Juli vorigen Jahres durch die Tagespresse bekanntgegebenen Fälschungen der Reichsbanknoten zu 1000 M. vom 21. 4. 1910 kommen in letzter Zeit häufiger Exemplare vor, deren Kennzeichen deshalb nachstehend in Erinnerung gebracht werden: Die Falschstücke sind unter Aufsichtnahme der Photographie im Bilddruck hergestellt und daher in ihrem Aussehen einer Photographie ähnlich. Trotz getreuer Wiedergabe treten die Einzelheiten der Zeichnung nicht in der Schärfe echter Noten hervor. Das Papier ist in Stärke und Griff abweichend. Der sonst eingewirkte Papierknoten ist durch aufgetriebene und scharf angepreßte gefärbte Fasern, teilweise auch durch Aufdruck einer grünlichen, verlaufenden Färbung mit eingeleichteten Strichen (Fasern darstellend) vorgetäuscht. Unter den Kantenstreifen sind Spuren von Farbstoffübertragungen (bläulich gefärbt) sichtbar. Nummern und Stempel sind in gelblich grüner und auch roter Färbung aufgebracht. Die Stempel, teilweise von auffallend geringer Färbung, zeigen außerdem ein von den echten abweichendes Bild des Adlers.

Zur Beobachtung der heutigen Sonnenerkennung wird die Treptow-Sternwarte schon um 8 Uhr früh geöffnet. Direktor Dr. Frhenhold hält einen kurzen erläuternden Vortrag, in dem er auch Anleitung zum Photographieren der Sonnenerkennung gibt. Die Besucher haben auf der Plattform Gelegenheit zu eigenen photographischen Aufnahmen und werden gebeten, ihre Apparate mitzubringen. Viele kleine Fernrohre stehen auch noch zur Beobachtung der Sonnenerkennung zur freien Verfügung. Das Leben und Treiben auf der Plattform wird kinematographisch aufgenommen und später den Besuchern vorgeführt. Ein großer Sonnenfleck hat sich neu gebildet und kann gleichzeitig beobachtet werden.

Der Besitzer des Adlon-Hotels gestorben. Herr Lorenz Adlon, der Besitzer des bekannten Hotels am Pariser Platz, ist gestern an den Folgen eines vor vier Wochen erlittenen Oberschenkelbruchs im 72. Lebensjahre gestorben.

Ein eilfertiger Fall. In der vergangenen Nacht wurde gegen 1 Uhr eine Streife der Schutzpolizei durch mehrere Schüsse nach dem Brunnenplatz gerufen. Sie fand dort den 19jährigen Fritz Patis und den 16jährigen Josef Josinski, die beide in der Panzstr. 56 wohnten, in einer Wuttsche liegend auf. Ein abgehobener Revolver lag daneben. Patis hatte Verletzungen im Kopf und in der Brust, lebte aber noch und wurde nach einem Krankenhauser geschickt. Josinski war infolge eines Kopfschusses bereits tot. Der Fall ist bisher völlig ungeklärt.

Wo findet man verlorenen Gegenstände wieder? Rindliche Auskunft über gesunde Sachen im Polizeibezirk Berlin erteilt ein früher Fundhüter aus dem Bezirk der Polizeiamtler Berlin-Mitte, Tiergarten, Wedding, Prenzlauer Tor, Charlottenburg, Wilmersdorf, Schöneberg, Reußküll und Wilmersdorf die Hauptfundstelle.

Wiederbeginn des Landtags.

Der Landtag überwiegt am Donnerstag verschiedene Anträge zur Klarstellung von Bestimmungen der Geschäftsordnung dem Geschäftsausschuss.

Zur Geschäftsordnung beantragte Abg. Eberlein (Komm.) sofortige Verhandlung der Anträge seiner Partei gegen den Ausnahmezustand

und auf Mißbilligung der Regierung. Er sagte u. a. dazu: Hörsing hat in Mitteldeutschland schamlose Verbrechen begangen lassen. (Großer Lärm und Zwischenrufe.) Wir dürfen die alte Regierung nicht abtreten lassen, ohne sie für diese Verbrechen zur Rechenschaft zu ziehen. (Präsident Heinert: Sie haben nur zur Geschäftsordnung das Wort!) Ich verstehe es, daß Sie gegen unseren Antrag opponieren, weil Sie die Schamlosigkeit dieser Regierung nicht vor der Öffentlichkeit erörtern wollen. Aber wir wollen dem Volke Klarheit verschaffen. (Erneuter großer Lärm, anbauender Glockenläuten des Präsidenten, der Redner spricht trotzdem weiter.)

Präsident Heinert: Ich werde veranlassen, daß die Teile von Reden, die nach dem Eröfnen der Glocke des Präsidenten gesprochen werden, nicht mehr in das Stenogramm aufgenommen werden. (Beifall.)

Abg. Eberlein: Wir verlangen, daß unsere Anträge auf die Tagesordnung gesetzt werden, daß das Schandmal der Standgerichte sofort beseitigt wird. (Lärm rechts, Beifall b. d. Komm.)

Präsident Heinert: Die Tagesordnung kann nur geändert werden, wenn kein Widerspruch erfolgt. (Auf der Rechten wird widersprochen.) Es ist Widerspruch erfolgt, also bleibt es bei der jetzigen Tagesordnung.

In dritter Beratung wird der Gesetzentwurf über die vorläufigen Staatsratswahlen in Oberschlesien gegen die Kommunisten angenommen. § 2a setzt den Artikel 88 der Verfassung Preußens außer Kraft.

Danach beschließt das Haus die Unterbrechung der Strafverfahren gegen die kommunistischen Abgg. Knoth-Frankfurt, Schölem, Frau Wolfstein.

Ein deutschnationaler Antrag auf Einsetzung eines ständigen Ausschusses für Beamtenangelegenheiten wird angenommen. Ebenso ein Antrag der Deutschen Volkspartei auf Einsetzung eines Ausschusses zur Regelung des Bergewesens.

Es folgt die erste Beratung der deutschnationalen und völksparteilichen Anträge auf Annahme von Gesetzentwürfen über die Neuordnung der

Verfassungen der evangelischen Landeskirchen in den „neuen“ Provinzen.

In der Debatte führt Abg. Frau Dr. Wegscheider (Soz.) aus: Wir können dem Gesetz nicht ohne weiteres zustimmen, wir hegen schwere Bedenken dagegen und bitten, es dem Rechtsausschuss zu überweisen. Das Haus beschließt demgemäß.

Zu dem Antrag Dr. Borch (A.) auf Erhöhung der Dienstaufwandsentschädigungen der Generalsuperintendenten und der Besoldungen für katholische Geistliche sagt

Abg. Adlig (Soz.): Die fortwährenden Zuwendungen an die Geistlichen verhindern es, daß es endlich zur Auseinandersetzung zwischen Kirche und Staat kommt. Die Kirche befindet sich sehr wohl dabei und verzögert deshalb die Auseinandersetzung. Zentrum und Rechte haben unsere im Ausschuss gestellten Anträge auf schleunigste Aufstellung der Grundzüge für die Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche abgelehnt. Aus diesem Grunde lehnen wir diese Anträge dieser Parteien ab.

Die Anträge gehen an den Hauptausschuss. Es folgt die Beratung des sozialdemokratischen Antrages über den

Bau von Eisenbahnen

im Sauer- und Siegerlande zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit.

Zimmer 101, des Polizeipräsidiums zu Berlin an Wochenagen zwischen 9 Uhr vormittags und 3 Uhr nachmittags, 2. über Fundstellen aus dem Bezirk der Polizeiamtler Spandau, Zehlendorf, Steglitz, Tempelhof, Treptow, Köpenick, Weihensee, Pantow und Reinickendorf die vorstehend genannten Polizeiamtler selbst.

Eine Jugendmolefestschrift erscheint vor dem 1. Mai im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Die Festschrift enthält eine Anzahl guter Beiträge von und für unsere Arbeiterjugend, einige Gedichte und Zeichnungen. Preis 1 M. Für Organisationen bei rechtzeitiger Bestellung beim Verlag billiger.

Eine große öffentliche Elternversammlung findet heute, Freitag, den 8. April, 7 Uhr, im Nationalhof, Berlin, Blücherstr. 37, statt. Thema: „Weltliche oder Säkularschule“. Referenten: Walter Steier und Dr. R. Döwenstein. Parier Eleier hält am Sonntag, den 10. April, morgens 10 Uhr, seine nächste religiöse Feierstunde in der Trinitatisstraße, Charlottenburg, Karl-Liebknecht-Platz, ab. Am Donnerstag, den 14. April, abends 7 1/2 Uhr, findet in der Aula der Kaiser-Friedrich-Schule, Charlottenburg, Anfechtstr. 24, am Sonntag, den 10. April, Montag, den 18. und 25. April, in der Aula des Leibnizgymnasiums, Mariannenplatz 27, ein Konzert statt. Mitwirkende: Henriette Gottlieb vom Deutschen Opernhaus, Paula Weinbaum, Benno Spott, Georg, Kurt Schuder, Klavier; Alfred Wittberg, Violine, und ein Streichquartett. Annahmestellen für alle drei Abende (inkl. Programm und Garderobe) 8,35 M., für einen Abend 3,50 M. an der Abendkasse.

Der letzte Carrolliani-Monat zeigt noch einmal neben dem achten Jhrts-Schönheit „Orde und Lust“ ein prächtiges gärtnerisches Programm, neue Freizeitsportarten, neue Reizeisen, neue Spazmacher und neue Spezialitäten.

Mutterschulturnus. Im Kaiserin-Augusta-Viktoria-Gymnasium, Charlottenburg, Sonntag, den 14. April ein Auszug für Mütter und Mädchen, in dem es das theoretisch und praktisch gelehrt werden wird, was eine Frau von der Pflege und Ernährung des Säuglings wissen muß. Der Auszug umfaßt vier Stunden, jeweils Donnerstags von 4 1/2 - 6 Uhr. Eintrittsgebühr für den Gesamtunterricht 15 M. Meldungen im Bureau der Anstalt.

Milchlieferung. Am Freitag, den 8. und Sonnabend, den 9. d. M., werden die „DIII“-Karten mit 1/2 Liter Frischmilch geliefert. Am Freitag, den 8., werden die 1/2 Liter-Frankfurter-Karten mit Frischmilch bedient, mit Ausnahme des Bezugs V (Welles und westliche Vororte, Wilmersdorf, Galeser, Friedenau, Steglitz, Nollateide, Schmargendorf, Pantow, Dabem, Salartensee, Zehlendorf). Als Ersatz für die fehlende Frischmilch im Bezirk V wird 1/2 Liter Emulsionsmilch verausgabt. Am Sonnabend, den 9. d. M., werden die 1/2 Liter-Frankfurter-Karten mit Frischmilch bedient, mit Ausnahme des Bezugs III (Nordwesten, Charlottenburg, Wilmersdorf). Am 8. April wird im Bezirk V, Welles und westliche Vororte mit der Ausgabe der Emulsionsmilch begonnen, und zwar wird sie auf die 1/2 Liter-Frankfurter-Karten ausgegeben. Die Emulsionsmilch ist aus getrockneter Rahm- und unter Zusatz von Butter oder aus getrockneter Vollmilch hergestellt und entspricht völlig frischer Vollmilch. Der Preis ist zunächst auf 1 M. für das 1/2 Liter teigelt, ist also um mehr als die Hälfte billiger als die Kondensmilch, die bisher als Ersatz für fehlende Frischmilch verteilt wurde. Die Milchlieferanten sind gebeten, die Emulsionsmilch in besonderen Behältern zu liefern, die durch ein vom Rührgerät getriebenes Schild kenntlich gemacht sind.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Freitag, den 8. April:

- 71. Abt. Wilmersdorf, 7 1/2 Uhr bei Janus, Durlacher Str. 3, Sitzung des Abteilungsvereins und der Funktionäre.
- 124. Abt. Wilmersdorf, 7 1/2 Uhr im Jugendheim der Schule Wilmersdorf, Frauenabend. Referent Robert Fehnel: „Die Conzationen und die Frauen“.

Abg. Joles (Soz.): Wir wollen hier das Notwendige mit dem Praktischen verbinden. Trug früherer Bewilligungen ist wenig gegen die Arbeitslosigkeit im Siegerlande gesehen. Die in Aussicht genommenen Bahnen sind eine Notwendigkeit für die Landwirtschaft, um eine Verbindung mit den Industrieorten zu bekommen. Auch die Forstwirtschaft (Grubenholz) braucht sie sehr nötig. Leider hat das Reichsverkehrsministerium sich gegen die Wünsche auf Arbeiterzüge stets sehr zurückhaltend erwießen. Den Arbeitern und Angehörigen muß unbedingt bessere Arbeitsgelegenheit beschafft werden. Der Antrag wird dem Hauptausschuss überwiesen.

Präsident Heinert schlägt Vertagung vor. Abg. Adolf Hoffmann (Komm.): Punkt 14 der Tagesordnung betr. Einschränkung der Arbeitslosigkeit muß heute unbedingt noch beraten werden.

Präsident Heinert: Es wurde im Vorkomitee einstimmig beschlossen, die Sitzung nicht über 5 Uhr auszudehnen.

Abg. Stiering (Soz.): Im Vorkomitee hat niemand widersprochen. Punkt 14 muß einge hend behandelt werden, was aber heute nicht mehr möglich wäre.

Abg. Hoffmann (Komm.): Zu dem Ruhhandel der Regierungsbildung hätten die Parteien während der Ferien Zeit gehabt. Die Gründlichkeit der Beratung darf nicht so weit gehen, daß die Arbeitslosen beim Begräbnis des ermordeten Säit gesehen hätten. (Großer Lärm.)

Abg. Ludwig (U.Soz.): Die Antiparlamentarier tun, als ob die Arbeitslosen gar so viel vom Landtag zu erwarten hätten! Es dient dem Interesse der Arbeitslosen absolut nicht, wenn die Sache jetzt übers Anie gebracht würde.

Bei der Abstimmung wird Vertagung gegen die Stimmen der Kommunisten beschlossen.

Präsident Heinert schlägt die nächste Sitzung für Sonnabend 11 Uhr mit folgender Tagesordnung vor: Endgültige Wahl des Präsidenten und der drei Vizepräsidenten, Wahl des Ministerpräsidenten, Kleine Vorlagen, Verfassung der So. Bundeskirche, Einstellung von Strafverfahren gegen Abgeordnete, Anträge zur Milderung der Arbeitslosigkeit.

Abg. Schölem (Komm.) verlangt schreiend und schimpfend, daß am Freitag unbedingt verhandelt wird und die alte Regierung für Mitteldeutschland zur Verantwortung gezogen wird.

Abg. Ludwig (U.Soz.): Auch wir stimmen gegen die Vertagung auf Sonnabend.

Abg. Stiering (Soz.): Wir bitten, es beim Vorschlag des Präsidenten zu lassen. Die Kommunisten mögen die Zeit ruhig abwarten, ihnen werden die Verhandlungen darüber noch unangenehm genug werden! (Geschrei der Komm.: Ihnen!) Vor Ostern waren die Kommunisten mit den Deutschnationalen der Meinung, daß die erste Aufgabe des Landtages die Bildung der neuen Regierung sein müsse. Das Haus wird darüber zu entscheiden haben, wer in Wirklichkeit zur Rechenschaft gezogen wird, wir — oder die Kommunisten. (Lärmvoller Beifall b. d. Soz., Großer Lärm b. d. Komm.)

Abg. Schölem (Komm.): Seering hat im „Berl. Tagebl.“ ausgeprochen, es sei die Absicht der Regierung gewesen, das Mitteldeutschland zu provozieren, (Empörtür fürm. Widerspruch.) Wir werden mit dem polterten Rost aus Bielefeld, Herrn Seering, abrechnen. Das Urteil der Geschichte wird anders ausfallen, als die Koskoloziolen es sich denken.

Der kommunistische Antrag wird gegen Unabhängiges und Kommunisten abgelehnt. Es bleibt also bei der vom Präsidenten vorgeschlagenen Tagesordnung.

Schluß 6 Uhr.

Die Anträge über die Unruhen in Mitteldeutschland werden voraussichtlich in der zweiten Hälfte der nächsten Woche zur Beratung kommen.

Abg. Joles (Soz.): Wir wollen hier das Notwendige mit dem Praktischen verbinden. Trug früherer Bewilligungen ist wenig gegen die Arbeitslosigkeit im Siegerlande gesehen. Die in Aussicht genommenen Bahnen sind eine Notwendigkeit für die Landwirtschaft, um eine Verbindung mit den Industrieorten zu bekommen. Auch die Forstwirtschaft (Grubenholz) braucht sie sehr nötig. Leider hat das Reichsverkehrsministerium sich gegen die Wünsche auf Arbeiterzüge stets sehr zurückhaltend erwießen. Den Arbeitern und Angehörigen muß unbedingt bessere Arbeitsgelegenheit beschafft werden. Der Antrag wird dem Hauptausschuss überwiesen.

Morgen, Sonnabend, den 9. April:

- 18. Kreis Weihensee, 7 Uhr bei Camps, Lichtenberger Str. 8, Kreisverbandssitzung. Erörterung der Vorstandsmittelsieber unbedingt erforderlich.
- 19. Abt. 7 1/2 Uhr bei Reuter, Dageroperstr. 20, Sitzung der Funktionäre, Elternbeiträge und Betriebsvereinsausweise.
- 20. Abt. 7 1/2 Uhr bei Müller, Rotbacher Ufer 10/11 (Wohnehaushalts-Kantine), Sitzung sämtlicher Funktionäre, Betriebsvereinsausweise, Bezirksführer und Elternbeiträge. — Die Betriebsvereinsausweise und Rezeptionsstellen sind bereits um 6 1/2 Uhr.
- 21. Abt. 7 1/2 Uhr bei Kasten, Ostfischer Str. 6, Sitzung sämtlicher Funktionäre und Betriebsvereinsausweise.
- 22. Abt. 7 1/2 Uhr bei Pfeifer, Hausburgstr. 2, Funktionärsitzung. Die Funktionäre werden eingeladen, möglichst zu erscheinen.
- 23. Abt. 7 1/2 Uhr im „Verwandener Club“, Bernauerstr. 66, Wohnung, Straße, wichtige Sitzung der Bezirksführer, Betriebsvereinsausweise und Elternbeiträge.
- 24. Abt. 7 1/2 Uhr bei Goldschmidt, Stolpische Str. 16, Sitzung sämtlicher Funktionäre, Betriebsvereinsausweise und Elternbeiträge.
- 25. Abt. 7 1/2 Uhr bei Schmidt, Bielefeldstr. 17, Sitzung sämtlicher Funktionäre.
- 26. Abt. Charlottenburg, 7 Uhr bei Bode, Kaiserin-Augusta-Weg 12, Sitzung sämtlicher Funktionäre.
- 27. Abt. Charlottenburg, 7 Uhr bei Schneider, Holzendorferstr. 14, Vorstandssitzung mit der Zeitungs-Kommission und den Funktionären. Wichtige Tagesordnung.
- 28. Abt. Wilmersdorf, 7 1/2 Uhr bei Sandert, Prinz-Albrecht-Str. 33, Sitzung der Funktionäre. Erörterung aller Betriebsvereinsausweise und Funktionäre unbedingt erforderlich.
- Arbeitsvereinsausweise sozialdemokratischer Lehrer und Beamtinnen. Rohmitztag 5 Uhr im Stadthaus, Rottendorferstr. (Zimmer 333), Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Pauliens Aufruf. 2. Die Dreier-Tagung.
- Jungvolkliche Vereinigung (S.V.), 6 1/2 Uhr im Jugendheim, Lindenstraße 3, 2. Hof Hofe, 3. Tr., dritte allgemeine Vorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht; 2. Beschlüsse; 3. Was wir sind und was wir wollen; 4. Beschlüsse; 5. Unter-Organisationsstatus; 6. Beschlüsse; 7. Beschlüsse; 8. Beschlüsse; 9. Beschlüsse; 10. Beschlüsse; 11. Beschlüsse; 12. Beschlüsse; 13. Beschlüsse; 14. Beschlüsse; 15. Beschlüsse; 16. Beschlüsse; 17. Beschlüsse; 18. Beschlüsse; 19. Beschlüsse; 20. Beschlüsse; 21. Beschlüsse; 22. Beschlüsse; 23. Beschlüsse; 24. Beschlüsse; 25. Beschlüsse; 26. Beschlüsse; 27. Beschlüsse; 28. Beschlüsse; 29. Beschlüsse; 30. Beschlüsse; 31. Beschlüsse; 32. Beschlüsse; 33. Beschlüsse; 34. Beschlüsse; 35. Beschlüsse; 36. Beschlüsse; 37. Beschlüsse; 38. Beschlüsse; 39. Beschlüsse; 40. Beschlüsse; 41. Beschlüsse; 42. Beschlüsse; 43. Beschlüsse; 44. Beschlüsse; 45. Beschlüsse; 46. Beschlüsse; 47. Beschlüsse; 48. Beschlüsse; 49. Beschlüsse; 50. Beschlüsse; 51. Beschlüsse; 52. Beschlüsse; 53. Beschlüsse; 54. Beschlüsse; 55. Beschlüsse; 56. Beschlüsse; 57. Beschlüsse; 58. Beschlüsse; 59. Beschlüsse; 60. Beschlüsse; 61. Beschlüsse; 62. Beschlüsse; 63. Beschlüsse; 64. Beschlüsse; 65. Beschlüsse; 66. Beschlüsse; 67. Beschlüsse; 68. Beschlüsse; 69. Beschlüsse; 70. Beschlüsse; 71. Beschlüsse; 72. Beschlüsse; 73. Beschlüsse; 74. Beschlüsse; 75. Beschlüsse; 76. Beschlüsse; 77. Beschlüsse; 78. Beschlüsse; 79. Beschlüsse; 80. Beschlüsse; 81. Beschlüsse; 82. Beschlüsse; 83. Beschlüsse; 84. Beschlüsse; 85. Beschlüsse; 86. Beschlüsse; 87. Beschlüsse; 88. Beschlüsse; 89. Beschlüsse; 90. Beschlüsse; 91. Beschlüsse; 92. Beschlüsse; 93. Beschlüsse; 94. Beschlüsse; 95. Beschlüsse; 96. Beschlüsse; 97. Beschlüsse; 98. Beschlüsse; 99. Beschlüsse; 100. Beschlüsse; 101. Beschlüsse; 102. Beschlüsse; 103. Beschlüsse; 104. Beschlüsse; 105. Beschlüsse; 106. Beschlüsse; 107. Beschlüsse; 108. Beschlüsse; 109. Beschlüsse; 110. Beschlüsse; 111. Beschlüsse; 112. Beschlüsse; 113. Beschlüsse; 114. Beschlüsse; 115. Beschlüsse; 116. Beschlüsse; 117. Beschlüsse; 118. Beschlüsse; 119. Beschlüsse; 120. Beschlüsse; 121. Beschlüsse; 122. Beschlüsse; 123. Beschlüsse; 124. Beschlüsse; 125. Beschlüsse; 126. Beschlüsse; 127. Beschlüsse; 128. Beschlüsse; 129. Beschlüsse; 130. Beschlüsse; 131. Beschlüsse; 132. Beschlüsse; 133. Beschlüsse; 134. Beschlüsse; 135. Beschlüsse; 136. Beschlüsse; 137. Beschlüsse; 138. Beschlüsse; 139. Beschlüsse; 140. Beschlüsse; 141. Beschlüsse; 142. Beschlüsse; 143. Beschlüsse; 144. Beschlüsse; 145. Beschlüsse; 146. Beschlüsse; 147. Beschlüsse; 148. Beschlüsse; 149. Beschlüsse; 150. Beschlüsse; 151. Beschlüsse; 152. Beschlüsse; 153. Beschlüsse; 154. Beschlüsse; 155. Beschlüsse; 156. Beschlüsse; 157. Beschlüsse; 158. Beschlüsse; 159. Beschlüsse; 160. Beschlüsse; 161. Beschlüsse; 162. Beschlüsse; 163. Beschlüsse; 164. Beschlüsse; 165. Beschlüsse; 166. Beschlüsse; 167. Beschlüsse; 168. Beschlüsse; 169. Beschlüsse; 170. Beschlüsse; 171. Beschlüsse; 172. Beschlüsse; 173. Beschlüsse; 174. Beschlüsse; 175. Beschlüsse; 176. Beschlüsse; 177. Beschlüsse; 178. Beschlüsse; 179. Beschlüsse; 180. Beschlüsse; 181. Beschlüsse; 182. Beschlüsse; 183. Beschlüsse; 184. Beschlüsse; 185. Beschlüsse; 186. Beschlüsse; 187. Beschlüsse; 188. Beschlüsse; 189. Beschlüsse; 190. Beschlüsse; 191. Beschlüsse; 192. Beschlüsse; 193. Beschlüsse; 194. Beschlüsse; 195. Beschlüsse; 196. Beschlüsse; 197. Beschlüsse; 198. Beschlüsse; 199. Beschlüsse; 200. Beschlüsse; 201. Beschlüsse; 202. Beschlüsse; 203. Beschlüsse; 204. Beschlüsse; 205. Beschlüsse; 206. Beschlüsse; 207. Beschlüsse; 208. Beschlüsse; 209. Beschlüsse; 210. Beschlüsse; 211. Beschlüsse; 212. Beschlüsse; 213. Beschlüsse; 214. Beschlüsse; 215. Beschlüsse; 216. Beschlüsse; 217. Beschlüsse; 218. Beschlüsse; 219. Beschlüsse; 220. Beschlüsse; 221. Beschlüsse; 222. Beschlüsse; 223. Beschlüsse; 224. Beschlüsse; 225. Beschlüsse; 226. Beschlüsse; 227. Beschlüsse; 228. Beschlüsse; 229. Beschlüsse; 230. Beschlüsse; 231. Beschlüsse; 232. Beschlüsse; 233. Beschlüsse; 234. Beschlüsse; 235. Beschlüsse; 236. Beschlüsse; 237. Beschlüsse; 238. Beschlüsse; 239. Beschlüsse; 240. Beschlüsse; 241. Beschlüsse; 242. Beschlüsse; 243. Beschlüsse; 244. Beschlüsse; 245. Beschlüsse; 246. Beschlüsse; 247. Beschlüsse; 248. Beschlüsse; 249. Beschlüsse; 250. Beschlüsse; 251. Beschlüsse; 252. Beschlüsse; 253. Beschlüsse; 254. Beschlüsse; 255. Beschlüsse; 256. Beschlüsse; 257. Beschlüsse; 258. Beschlüsse; 259. Beschlüsse; 260. Beschlüsse; 261. Beschlüsse; 262. Beschlüsse; 263. Beschlüsse; 264. Beschlüsse; 265. Beschlüsse; 266. Beschlüsse; 267. Beschlüsse; 268. Beschlüsse; 269. Beschlüsse; 270. Beschlüsse; 271. Beschlüsse; 272. Beschlüsse; 273. Beschlüsse; 274. Beschlüsse; 275. Beschlüsse; 276. Beschlüsse; 277. Beschlüsse; 278. Beschlüsse; 279. Beschlüsse; 280. Beschlüsse; 281. Beschlüsse; 282. Beschlüsse; 283. Beschlüsse; 284. Beschlüsse; 285. Beschlüsse; 286. Beschlüsse; 287. Beschlüsse; 288. Beschlüsse; 289. Beschlüsse; 290. Beschlüsse; 291. Beschlüsse; 292. Beschlüsse; 293. Beschlüsse; 294. Beschlüsse; 295. Beschlüsse; 296. Beschlüsse; 297. Beschlüsse; 298. Beschlüsse; 299. Beschlüsse; 300. Beschlüsse; 301. Beschlüsse; 302. Beschlüsse; 303. Beschlüsse; 304. Beschlüsse; 305. Beschlüsse; 306. Beschlüsse; 307. Beschlüsse; 308. Beschlüsse; 309. Beschlüsse; 310. Beschlüsse; 311. Beschlüsse; 312. Beschlüsse; 313. Beschlüsse; 314. Beschlüsse; 315. Beschlüsse; 316. Beschlüsse; 317. Beschlüsse; 318. Beschlüsse; 319. Beschlüsse; 320. Beschlüsse; 321. Beschlüsse; 322. Beschlüsse; 323. Beschlüsse; 324. Beschlüsse; 325. Beschlüsse; 326. Beschlüsse; 327. Beschlüsse; 328. Beschlüsse; 329. Beschlüsse; 330. Beschlüsse; 331. Beschlüsse; 332. Beschlüsse; 333. Beschlüsse; 334. Beschlüsse; 335. Beschlüsse; 336. Beschlüsse; 337. Beschlüsse; 338. Beschlüsse; 339. Beschlüsse; 340. Beschlüsse; 341. Beschlüsse; 342. Beschlüsse; 343. Beschlüsse; 344. Beschlüsse; 345. Beschlüsse; 346. Beschlüsse; 347. Beschlüsse; 348. Beschlüsse; 349. Beschlüsse; 350. Beschlüsse; 351. Beschlüsse; 352. Beschlüsse; 353. Beschlüsse; 354. Beschlüsse; 355. Beschlüsse; 356. Beschlüsse; 357. Beschlüsse; 358. Beschlüsse; 359. Beschlüsse; 360. Beschlüsse; 361. Beschlüsse; 362. Beschlüsse; 363. Beschlüsse; 364. Beschlüsse; 365. Beschlüsse; 366. Beschlüsse; 367. Beschlüsse; 368. Beschlüsse; 369. Beschlüsse; 370. Beschlüsse; 371. Beschlüsse; 372. Beschlüsse; 373. Beschlüsse; 374. Beschlüsse; 375. Beschlüsse; 376. Beschlüsse; 377. Beschlüsse; 378. Beschlüsse; 379. Beschlüsse; 380. Beschlüsse; 381. Beschlüsse; 382. Beschlüsse; 383. Beschlüsse; 384. Beschlüsse; 385. Beschlüsse; 386. Beschlüsse; 387. Beschlüsse; 388. Beschlüsse; 389. Beschlüsse; 390. Beschlüsse; 391. Beschlüsse; 392. Beschlüsse; 393. Beschlüsse; 394. Beschlüsse; 395. Beschlüsse; 396. Beschlüsse; 397. Beschlüsse; 398. Beschlüsse; 399. Beschlüsse; 400. Beschlüsse; 401. Beschlüsse; 402. Beschlüsse; 403. Beschlüsse; 404. Beschlüsse; 405. Beschlüsse; 406. Beschlüsse; 407. Beschlüsse; 408. Beschlüsse; 409. Beschlüsse; 410. Beschlüsse; 411. Beschlüsse; 412. Beschlüsse; 413. Beschlüsse; 414. Beschlüsse; 415. Beschlüsse; 416. Beschlüsse; 417. Beschlüsse; 418. Beschlüsse; 419. Beschlüsse; 420. Beschlüsse; 421. Beschlüsse; 422. Beschlüsse; 423. Beschlüsse; 424. Beschlüsse; 425. Beschlüsse; 426. Beschlüsse; 427. Beschlüsse; 428. Beschlüsse; 429. Beschlüsse; 430. Beschlüsse; 431. Beschlüsse; 432. Beschlüsse; 433. Beschlüsse; 434. Beschlüsse; 435. Beschlüsse; 436. Beschlüsse; 437. Beschlüsse; 438. Beschlüsse; 439. Beschlüsse; 440. Beschlüsse; 441. Beschlüsse; 442. Beschlüsse; 443. Beschlüsse; 444. Beschlüsse; 445. Beschlüsse; 446. Beschlüsse; 447. Beschlüsse; 448. Beschlüsse; 449. Beschlüsse; 450. Beschlüsse; 451. Beschlüsse; 452. Beschlüsse; 453. Beschlüsse; 454. Beschlüsse; 455. Beschlüsse; 456. Beschlüsse; 457. Beschlüsse; 458. Beschlüsse; 459. Beschlüsse; 460. Beschlüsse; 461. Beschlüsse; 462. Beschlüsse; 463. Beschlüsse; 464. Beschlüsse; 465. Beschlüsse; 466. Beschlüsse; 467. Beschlüsse; 468. Beschlüsse; 469. Beschlüsse; 470. Beschlüsse; 471. Beschlüsse; 472. Beschlüsse; 473. Beschlüsse; 474. Beschlüsse; 475. Beschlüsse; 476. Beschlüsse; 477. Beschlüsse; 478. Beschlüsse; 479. Beschlüsse; 480. Beschlüsse; 481. Beschlüsse; 482. Beschlüsse; 483. Beschlüsse; 484. Beschlüsse; 485. Beschlüsse; 486. Beschlüsse; 487. Beschlüsse; 488. Beschlüsse; 489. Beschlüsse; 490. Beschlüsse; 491. Beschlüsse; 492. Beschlüsse; 493. Beschlüsse; 494. Beschlüsse; 495. Beschlüsse; 496. Beschlüsse; 497. Beschlüsse; 498. Beschlüsse; 499. Beschlüsse; 500. Beschlüsse; 501. Beschlüsse; 502. Beschlüsse; 503. Beschlüsse; 504. Beschlüsse; 505. Beschlüsse; 506. Beschlüsse; 507. Beschlüsse; 508. Beschlüsse; 509. Beschlüsse; 510. Beschlüsse; 511. Beschlüsse; 512. Beschlüsse; 513. Beschlüsse; 514. Beschlüsse; 515. Beschlüsse; 516. Beschlüsse; 517. Beschlüsse; 518. Beschlüsse; 519. Beschlüsse; 520. Beschlüsse; 521. Beschlüsse; 522. Beschlüsse; 523. Beschlüsse; 524. Beschlüsse; 525. Beschlüsse; 526. Beschlüsse; 527. Beschlüsse; 528. Beschlüsse; 529. Beschlüsse; 530. Beschlüsse; 531. Beschlüsse; 532. Beschlüsse; 533. Beschlüsse; 534. Beschlüsse; 535. Beschlüsse; 536. Beschlüsse; 537. Beschlüsse; 538. Beschlüsse; 539. Beschlüsse; 540. Beschlüsse; 541. Beschlüsse; 542. Beschlüsse; 543. Beschlüsse; 544. Beschlüsse; 545. Beschlüsse; 546. Beschlüsse; 547. Beschlüsse; 548. Beschlüsse; 549. Beschlüsse; 550. Beschlüsse; 551. Beschlüsse; 552. Beschlüsse; 553. Beschlüsse; 554. Beschlüsse; 555. Beschlüsse; 556. Beschlüsse

Deutsche Oberschlesien-Note.

(Schluß von der ersten Seite.)

Die Zuteilung des gesamten oberschlesischen Gebiets an Deutschland wird eine starke polnische Minderheit in diesem Teile des Reiches belassen. Die deutsche Regierung ist bereit, der polnischen Regierung alle Garantien zu bieten, die zum Schutz der Minderheit für erforderlich erachtet werden. Sie glaubt bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen zu sollen, daß bei der Schaffung des polnischen Staates eine weit größere Minderheit von über 900 000 Deutschen von Deutschland losgerissen wurde.

Die deutsche Regierung würde sich ferner verpflichten, Voten unter vorgewiesenen Bedingungen die für seine Wirtschaft erforderliche Kohle und sonstige Erzeugnisse aus Oberschlesien zu liefern, solange das überaus reiche polnische Kohlengebiet noch nicht erschlossen ist. Ausweislich der in der Anlage überreichten Karte, die auf Gutachten polnischer und österreichischer Geologen beruht, ist dieses polnische Kohlengebiet um mehr als die Hälfte größer als der Anteil, den Oberschlesien am Steinkohlenbecken besitzt und enthält alle für die Industrie erforderlichen Kohlenarten. Die deutsche Regierung würde auch bereit sein, weitgehende Hilfe bei der Erschließung dieser im polnischen Gebiet liegenden Bodenschätze zu leisten.

Die Fälschung der Abstimmung.

Die von der Note erwähnte Denkschrift berichtet über unmitttelbaren Terror bei der Abstimmung selbst: Am Wahltage waren die Straßen vor den Wahllokalen von halbwüchsigen Burschen mit dem polnischen Adler bevölkert, die jeden, der zur Wahlurne ging, genau musterten. Diese Burschen standen auch im Wahlraum und schauten in die Wahlzelle hinein. In vielen Fällen gab der Wahlvorsteher nur polnische Stimmzettel aus. Die polnischen Beobachter sorgten dafür, daß ein Umsturz nicht vorgenommen werden konnte. Deutsche Wahlhelfer wurden vielfach vor der Feststellung des Wahlergebnisses entfernt. Trotzdem das Material über Verstöße gegen die Wahlvorschriften schon erdrückend ist, entziehen sich viele Fälle der Feststellung, da die Bevölkerung angesichts des entsetzlichen Terrors, der nach der Wahl eingeleitet hat, keine Aussagen macht. Es ist erstaunlich, daß in den Kreisen Kpnbit, Pleß, Ratowitz und Larnowitz sich bei diesem Terror noch so viele deutsche Stimmen gefunden haben.

Die Reichsregierung greift mit dieser Note in den diplomatischen Entscheidungskampf um die Zukunft Oberschlesiens ein, dessen Parteien die verschiedenen Mächte im Obersten Rat sind und der in Paris geführt wird. In diesem Entscheidungskampf ist der deutsche Abstimmungsgegner in Oberschlesien selbst nichts mehr als eine Waffe, die Korjant mit lügenhaften Verdrehungen an sich zu reißen versucht hat.

Der Note sind Abhandlungen über die wirtschaftliche Einheit Oberschlesiens und über seine wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland beigegeben. Sie unterstreichen ebenso wie die ausführliche, ein ganzes Buch umfassende Darstellung der polnischen Terrorakte und Wahlbeeinflussungen die Beweisgründe, die die Reichsregierung für den ungeteilten Verbleib Oberschlesiens bei Deutschland anführt. Noch anschaulicher und zwingender aber werden sie, wenn man die Karte des oberschlesisch-polnisch-tschechischen Steinkohlenbeckens ansieht. Diese zeigt, daß Polen 51,76, die Tschechoslowakei 15,30 und Preußen nur 32,94 Proz. der gesamten Felder besitzen. Während Polens Anteil, wie aus den eingezeichneten Bohrlochern und Bergwerken hervorgeht, nur zu einem ganz winzigen Teil aufgeschlossen ist, ist das unstrittig deutsche Zentralgebiet des oberschlesischen Industriegebietes förmlich überfüllt von Schachtanlagen. Die Kreise Pleß und Kpnbit, die bekanntlich polnische Mehrheiten ergeben haben, sind weniger aufgeschlossen und würden durch eine Zuteilung an Polen diesem wenig Gewinn bringen. Wenn also der Friedensvertrag ein Instrument des wirtschaftlichen Wiederaufbaus sein soll, so kann es nicht seine Aufgabe sein, Zusammenhänge zu trennen auf die Gefahr hin, daß die Ausnutzung der Bodenschätze darunter leidet.

Darum ist es erfreulich, daß die deutsche Regierung Polen alle Hilfe zusichert, um seine eigenen Bodenschätze zu heben, wenn Oberschlesien bei Deutschland belassen wird. Polen sollte die dargebotene Hand nicht ausschlagen. Die gemeinsame Arbeit der beiden benachbarten Staaten an der Förderung der aneinandergrenzenden Wirtschaftsgebiete wäre die beste Gewähr für dauernde freundschaftliche Beziehungen, deren Polen trotz der französischen Schutzherrschaft nicht entzogen kann. Die Entente aber sollte aus dieser Bereitwilligkeit der deutschen Regierung entnehmen, daß die oberschlesische Frage für das deutsche Volk keine rein nationale Wirtschaftsfrage ist, sondern daß alle Gründe weltpolitischer Vernunft und demokratischer Einsicht für den Verbleib Oberschlesiens bei Deutschland sprechen.

Das wird keine diplomatische Sophistik aus der Welt schaffen können.

Um das deutsche Memorandum.

Berlin, 7. April. Von unterrichteter Seite wird M.B. geschrieben: In seiner zweiten Rede im französischen Senat vom 6. April hat Briand über den Inhalt des dem hiesigen amerikanischen Kommissar am 21. März d. Js. übergebenen Memorandums, soweit es die Wiederaufbaufrage betrifft, in bitteren Worten Beschwerde geführt.

Diese Entrüstung erscheint nicht recht verständlich. Zunächst war deutscherseits bemerkt worden, die früheren Bemerkungen der zerstörten Gebiete hätten sich in anderen Teilen selbst gemacht. Diese Behauptung ist auch nach den Darlegungen Briands nicht unzutreffend. Denn auch er gibt an, daß von den 7,4 Millionen Bewohnern der zerstörten Gebiete 3,3 Millionen auch heute noch nicht dorthin zurückgekehrt seien.

Weiter war in dem Memorandum darauf hingewiesen, daß einflußreiche Unternehmergruppen mit der Verwertung von Material und mit Auftragsarbeiten beschäftigt seien und die Abwicklung ihrer Aufgaben in keiner Weise beeinträchtigt. Hierzu mag auf die im „Autransigent“ neulich wiedergegebenen Äußerungen des Minister Boucheur verwiesen werden, in welcher dieser selbst die schweren Missetaten hervorgehoben hat, die durch Spekulationsanfänge in den zerstörten Gebieten unter Vernachlässigung des Wiederaufbaus entstanden sind. Boucheur hat u. a. folgendes gesagt: Man kaufte eine Farm für 12 000 Franken, welche 50 000 Franken für Kriegsschäden einbrachte. Dieses Pachtgut wird dann verlassen und dient zu nichts mehr, in keiner Weise, denn es macht den Boden Frankreichs nicht produktiv. Man kaufte für 100 000 Franken eine Fabrik, die eine Million erhalten hat. Man begnügt sich damit, die Kriegsschäden zu diskontieren und die Fabriken zu schließen.

Endlich ist in dem Memorandum hervorgehoben worden, daß mächtige Kreise in Frankreich in den zerstörten Gebieten ein außerordentlich starkes politisches Agitationsmittel erblickten. Diese Tatsache ist schwer zu bestreiten. Die planmäßige Organisation von Reisen in die zerstörten Gebiete ist ein Beweis dafür; die Unbenutztheit und ähnliches haben seitens Auswärtige in dieser Beziehung gezeitigt. Es ist deutscherseits nicht

behauptet worden, daß ganz Frankreich diese Art der Agitation billigt, das weite Kreise sie pflegen, ist unleugbar.

Unter diesen Umständen ist die Behauptung, Deutschland habe Frankreich wider besseres Wissen bei Amerika verheimlicht, nur durch eine völlige Verkennung der deutschen Absichten zu erklären.

Die amerikanische Regierung hat in dem Memorandum den aufrichtigen Wunsch der deutschen Regierung zu erkennen geglaubt, zu Verhandlungen mit den Alliierten auf einer neuen Basis zu gelangen. Diese Stellungnahme der amerikanischen Regierung wäre nicht verständlich, wenn das Memorandum tatsächliche Verkündigungen enthielte. Es handelt sich vielmehr um Tatsachen, deren Hervorhebung der deutschen Regierung nicht verdrängt werden kann gegenüber den mannigfachen Angriffen, die selbst von alliierten Staatsmännern in der Wiederaufbaufrage gegen Deutschland gerichtet worden sind.

Der britische Riesenstreik.

London, 7. April. (M.B.) Die Verhandlungen sind abgebrochen. Nachmittags verkündete Lloyd George im Unterhause die Weigerung des Bergarbeiterverbandes, zuzulassen, daß die mit den Arbeiten an den Pumpen betrauten Arbeiter ihre Tätigkeit wieder aufnehmen, bevor man nicht ein allgemeines nationales Arbeitssystem angenommen habe und bevor nicht die Gewinne der Bergwerke kommunalisiert würden. Da es feststeht, sagte Lloyd George hinzu, daß der Bergarbeiterverband keine Regelung gutheißen werde, die nicht alle Forderungen der Arbeiter erfüllt, so wird die Regierung alle Mittel ergreifen, indem sie auf die Hilfe der großen Masse rechnet, um so der geschaffenen Lage Herr zu werden. — Sowohl die Eisenbahner als auch die Transportarbeiter erwarten die Streikparade für morgen. Das Land steht infolgedessen vor der gewaltigsten industriellen Bewegung seiner Geschichte.

Streikfolgen.

London, 7. April. (M.B.) Der Hyde Park wurde geschlossen und eine Funkenstation aufgerichtet. Auf dem Rosen liegen Truppen aus Irland und vom Rhein, die zum Schutz der Bedienungsmannschaften der Pumpen in den Bergwerken bestimmt sind. Aus Malta wurden zwei Infanterieregimenter herangezogen. Die Regierung hat die sofortige Rationierung der Lebensmittel, wie Milch und Fleisch, angeordnet.

Ungarische Regierungskrise.

Budapest, 7. April. (M.B.) In der Nationalversammlung erklärte Ministerpräsident Teleki, da gewisse Minister infolge der jüngsten Ereignisse in eine schwierige Lage geraten seien und die Stabilität der Regierung gefährdet erschiene, müsse er dem Reichsoberweser Vorschläge über die Lage der Regierung machen. Er bitte um Vertagung des Hauses, bis der Reichsoberweser einen Entschluß gefaßt habe. Dieser Vorschlag wurde angenommen.

Karl verzichtet nicht!

Vor seiner Abreise ersuchte Karl den Ministerpräsidenten Teleki um Veröffentlichung einer Erklärung, in der es heißt:

Ich bin zurückgekehrt, weil ich überzeugt bin, daß das schwer geprüfte Land nur unter der Führung des geschäftsmäßig geordneten Königs volle innere Ruhe, geistliche Ordnung und das frühere Wohlergehen wieder erlangen kann. Mein Herz blüht, weil ich von der Mitwirkung zur Wiederaufrichtung der schwer geprüften Nation ausgeschlossen bin. Ein ruhiges, konsolidiertes, starkes und unabhängiges Ungarn entspricht den gemeinsamen europäischen Interessen und ist die wichtigste Bürgschaft des Friedens. Ich konnte daher nicht voraussehen, daß die Umstände in meinem Bestreben verhindern wollten. Da ich mich jedoch überzeugt habe, daß die Übernahme des Herrscherrechts des apostolischen Königs die Nation schweren und unerträglichen Prüfungen aussetzen würde, und da ich dies vor meinem Gewissen nicht verantworten konnte, entferne ich mich wieder, werde jedoch auch fern von Ungarn der Nation alle Kräfte, und, wenn nötig, auch mein Blut dem Vaterlande widmen, dem ich niemals treulos werde. Ich vertraue der göttlichen Gerechtigkeit, daß der Augenblick kommen werde, wo ich wieder im geliebten Vaterland verweilen und dort vereinigt sein werde in gemeinsamer Arbeit mit der Nation. Bis dieser Augenblick kommt, bitte ich die ungarische Nation auch meinerseits, in einem Mann zu unterstützen, der auf Grund des Vertrauens der Nationalversammlung gegenwärtig das schwere und verantwortungsvolle Amt des Staatsoberhauptes ausübt.

Der Rest sind übliche Monarchenphrasen.

Ein Karlistenstreifen.

Wien, 7. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“) Ueber die Anhaltung des Karl-Juges durch die Arbeiter von Brud an der Kur hatte die christlichsozialistische „Reichspost“ geschwindelt, daß Entente-Militär die Arbeiter mit blanker Waffe auseinandergetrieben hätte. Abg. Gen. Sever, der noch auf der Weiterreise diese Nummer der „Reichspost“ erhielt, zeigte sie den Ententeoffizieren und ließ sich von ihnen bestätigen, daß an der Meldung kein wahres Wort ist. (Um so bedauerlicher, daß die große Agentur „United Telegraph“ den Streifen, wenn auch gewiß gutgläubig, als Wiener Originalmeldung weiterverbreitet. Red. d. „Vorwärts“.)

Zwischen Alliierten.

Nach einem Belgrader Privattelegramm der „Proger Presse“ befiel eine amtliche südslawische Meldung: Rumänische Truppen, welche vor einigen Tagen die südslawische Grenzbesetzung, die mangels entsprechender Befehle keinen Widerstand geleistet hat, zurückdrängten, haben den Wardier Wald und die umliegenden Dörfer besetzt. Die rumänischen Truppenführer beriefen sich darauf, daß dieser Komplex im Sinne des Friedensvertrages zu Rumänien gehöre. Die Situation wird als sehr ernst betrachtet, die Bevölkerung der Grenzgebiete flüchtet teilweise nach Belgrad.

Die deutsch-belgische Grenze.

Berlin, 7. April. (M.B.) Die bei der Festsetzung der neuen deutsch-belgischen Grenze zutage getretenen Meinungsverschiedenheiten sind noch nicht geklärt. Auf die Denkschrift über die Monarchenbahn, worin der schließliche Beweis erbracht ist, daß das Bestreben der Grenzkommission, Deutschland über den Friedensvertrag hinaus außer den Kreisen Cupen und Malmedy noch ein großes Stück des Kreises Monchau mit seiner einzigen Bahn wegzunehmen, rechtlich und wirtschaftlich unhaltbar ist, hat die Reichsregierung noch keine Antwort erhalten.

Das weitere Verhalten der Grenzkommission hat neue Vorstellungen der Reichsregierung veranlaßt. Der deutsche Vertreter in der Kommission hatte zwei größere Grenzberichtigungen beantragt. Die erste bezog sich auf den nördlichen Teil des Kreises Cupen, der für die Stadt Kochen von größter Bedeutung ist; denn nur dort könnte Kochen auf dem ihm gebührenden Gut haabenden seine schwer gefährdete Wasserversorgung sicherstellen, außerdem ist dieses Gebiet das natürliche Versorgungsgebiet für die Raacher Gegend und enthält wichtige Nebenbetriebe der Raacher Textilindustrie. Ferner war die

Rückgabe des Bahnhof Herbesthal

beantragt, weil infolge des Verlustes dieses, einzigen großen Grenzbahnhofes die Leistungsfähigkeit der deutschen Eisenbahnanlagen derart gelitten ist, daß sich für den internationalen Verkehr unerträgliche Zustände ergeben haben. Die Grenzkommission hätte bei Befolgung der Grundzüge, die sie in der Frage der Monarchenbahn angewandt hatte, beiden Anträgen ohne weiteres

stattgeben müssen. Sie hat aber beides abgelehnt. Diese Ablehnung ist namentlich bezüglich des Bahnhofes Herbesthal unverständlich, denn seine Rückgabe an Deutschland würde gerade im Interesse Belgiens

liegen, weil er Belgien nichts nützt, die jetzige Lage aber dazu führt, daß der Güterverkehr nach Belgien und Frankreich stockt und der Verkehr nach England mehr und mehr statt über Antwerpen über Holland geleitet werden muß.

Die Willkürlichkeiten der Entscheidungen der Grenzkommission treten besonders auffällig zutage, wenn man sich ihre Grenzführung im Kreise Monchau auf der Karte veranschaulicht. Eine einheitliche, zusammenhängende Grenzlinie existiert hier überhaupt nicht mehr, vielmehr ist durch Bildung von Enklaven und Exklaven

ein wirres Durcheinander

der staatlichen Grenzen entstanden. Geradezu grotesk erscheint es, daß auf deutschem wie auf belgischem Gebiet Streifen von nur wenigen Metern Breite (Bahnhöfe) das Gebiet wie schmale Bänder durchschneiden und zum Staatsgebiet der anderen Macht gehören sollen. Daß derartige Grenzverhältnisse notwendigerweise eine Quelle dauernder Schwierigkeiten für die Bevölkerung wie für die beteiligten Staaten bilden müssen, bedarf keines Wortes.

Unter Hinweis auf all diese Umstände hat die Reichsregierung wiederholt beantragt, entweder die Beschlüsse der Grenzkommission bezüglich des Kreises Monchau für ungültig zu erklären und zu dem im Friedensvertrag vorgesehenen klaren Grenzlinie zurückzuführen, von der die Kommission ohne Grund und unter Ueberschreitung ihrer Zuständigkeit abgewichen ist, oder aber die Angelegenheit vor ein unparteiisches Schiedsgericht zu bringen.

Geldstrafe für Mordaufrorderung

Der Fall Lebus vor Gericht.

Vor der 12. Strafkammer des Landgerichts I wurde am Donnerstag gegen den Herausgeber der „Staatsbürger-Zeitung“ Rudolf Lebus wegen Aufforderung zum Mord verhandelt. Die Grundzüge der Anklage bilden zwei Artikel der „Staatsbürger-Zeitung“ vom 9. und 16. Januar dieses Jahres, die in schärfster Weise gegen den Bund „Neues Vaterland“ und dessen Vorstandsmitglieder, v. Gersach, Maximilian Harden u. a. polemisierten. In dem ersten Artikel hieß es u. a.:

Wir würden jeden Deutschen, der diese Schufte niederschlägt, für einen Wohlthäter des deutschen Vaterlandes erklären,

während dies in dem zweiten Artikel noch durch die Bemerkung verstärkt wird:

„Ich rufe deshalb erneut dazu auf, diese Hasen und Verbrecher niederzuschlagen, wo sich die Gelegenheit dazu findet.“

Der Angeklagte hielt eine lange, tendenziöse, von Unwahrheiten stark durchsetzte Verteidigungsrede, in der er behauptete, daß die Mitglieder des Bundes „Neues Vaterland“ Agenten des feindlichen Auslandes seien. Die Tätigkeit des Bundes sei hochverräterisch, und er habe sich als Deutscher dagegen wehren müssen. Den unmittelbaren Anstoß zu dem Artikel habe die durch die Presse gelangene Nachricht gegeben, daß der Sekretär des Bundes „Neues Vaterland“, Otto Lehmann-Ruhbaldt, in einer Unterredung mit dem Vertreter des „Matin“, Genil, die er nachgesucht habe, diesem nahegelegt habe, daß der „Matin“ sich dafür einsetzen möge, daß die Entwarnung durch Frankreich mit aller Macht durchgeführt werde, da die Behörden diese nur zum Schein vornehmen und daß, wenn so viele Waffen verheimlicht würden, die Gefahr zur Entzündung eines neuen Krieges gegeben sei. Ferner habe ihn zu dem zweiten Artikel die bekanntgewordene Tatsache veranlaßt, daß Lehmann bei dem englischen General Malcolm gewesen sei und ihm eine finanzielle Unterstützung des Bundes nahegelegt habe.

Der als Zeuge vernommene Sekretär des Bundes „Neues Vaterland“ Otto Lehmann-Ruhbaldt bestritt entschieden, die ihm vom Angeklagten untergeschobenen Äußerungen getan zu haben. Er nahm es auf seinen Eid, daß er dem „Matin“

nichts von einer Scheinentwarnung

und der Notwendigkeit eines Einmarsches gesagt hat. Durch seine Tätigkeit habe er nicht Deutschland schädigen, sondern dem deutschen Volke nützen wollen. Denn er habe dem Ausland zum Bewußtsein gebracht, daß nicht alle Deutschen im alldeutschen-japanischen Fahrwasser schwimmen. Der General Malcolm habe sich wohl dahin geäußert, er könne für politische Zwecke Gelder vom englischen Finanzamt erhalten, der Zeuge aber habe dann selber ganz entschieden davon abgeraten.

Es entspann sich noch eine lange politische Debatte zwischen dem Zeugen und dem Verteidiger, Rechtsanwalt Bohn, über die Tätigkeit des Bundes während des Krieges.

Staatsanwaltshauptvogel hielt eine Anklarede, die in großen Teilen eine Verteidigungsrede für den „patriotischen“ Angeklagten war. Er billigte diesem den

Glauben an vermeintliche Notwehr

zu, weil die Behörden gegenüber dem Treiben des Bundes nach Ansicht des Anklägers verfaßt hätten! Wegen der politischen Leidenschaftlichkeit des Angeklagten hielt er eine Geldstrafe von 500 M. für genügend. — Der Verteidiger konnte den Anklagevertreter nur noch durch die Behauptung übertrumpfen, daß im Bereiche zu den Kommunisten die Sprache des Angeklagten „eine milde“ gewesen sei. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Vergehens gegen §§ 110 und 111 StGB.

zu einer Geldstrafe von 1000 M.

Nach dem Urteil billigte dem Angeklagten zu, daß er in höchster politischer Erregung gehandelt habe, deshalb habe es von einer Gefängnisstrafe abgesehen.

Das Urteil bestätigt, daß die heutige persönliche Unsicherheit zum guten Teil Schuld des völligen Versagens der Rechtsprechung ist. Erregung hätte man dem Angeklagten höchstens bei der ersten Aufforderung als Milderungsgrund zubilligen können. Daß die Aufforderung zum Mord von dem Angeklagten eine Woche später — also mit völlig kaltem Blut — wiederholt und verstärkt wurde, hat das Gericht überhaupt nicht beachtet. Eine Geldstrafe für derartige trasse Mordaufrorderungen kann nicht als Abschreckung, sondern nur als Anreiz zur Nachahmung angesehen werden. Sie muß dahin führen, daß die Gewalttätigkeit als politisches Kampfmittel weiter hoch im Kurse steht.

Und ein Wort noch über den Staatsanwalt, der dem Angeklagten Putationnotwehr (vermeintliche Notwehr) zubilligt, weil er an ein Versagen der Behörden geglaubt habe. Würde der Staatsanwalt das gleiche einem Manne zubilligen, der an ein Versagen der Gerichte in den Fällen Marloh, v. Kessel, Hiller, der Mörder Viebnechts, der Marburger Studenten usw. glaubt, und der aus diesem Grunde das Volk auffordert, Selbstjustiz zu üben? Wie möchten niemand raten, es darauf ankommen zu lassen! Wir sind nämlich nicht sicher, ob die politische Erregung eines linksstehenden Politikers auch über die größte und offensichtlichste Ungerechtigkeit sittlich ebenso von Staatsanwalt und Richtern bewertet wird, wie die Erregung eines Radikalen mit n.

Der Fall Lebus ist ein neuer Beweis, daß in jedem, aber auch jedem Prozeß mit politischem Hintergrund die Justiz versagt, daß sie Gewaltakte rechtsstehender Kreise, wenn auch nicht absichtlich, so doch in der tatsächlichen Wirkung ihrer Urteile deckt und begünstigt.

